

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Partei
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / K.

Wählt
Kommunisten
Liste

f Ost Sachsen
cauen / Die Energie

Besagspreis monatl. 10 Pfennig 100 Mark 1,25 RM. Durch die Post bezogen monatl. 2,20 RM ohne
Ausstellungsgebühr. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m.b.H. Dresden-U. Geschäftsstelle u. Expedition:
Güterbahnhofstr. 2 - Zeitpreis 17,25% - Postkreditkonto: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftenzug: Dresden-U. Güterbahnhofstr. 2, Amtsgericht Dresden Nr. 12219 - Strafanzeige: Arbeiter
Kommune Dresden - Geschäftskunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Sonntag)

Ausgabepreis: Die neunmal jährlich
ausgelegte 10 Pfennig für die Reklamezeiten.
Überlegen: Annahme wochentlich bis 9 U.

Stunde 2

Die "Arbeiterstimme" erscheint

monatlich

Wochentags

Wochenende

Wochenende

Wochenende

Wochenende

Wochenende

Wochenende

Wochenende

Gesamtpreis 0,35 RM für Familien-
angehörige Teil einer Zeitung 1,20 RM.
Redaktion: Dresden-U. Güterbahnhofstr.
Schriftenzug: Dresden-U. Güterbahnhofstr. 2, Amtsgericht Dresden Nr. 12219 - Strafanzeige:
Arbeiterkommune Dresden - Geschäftskunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Sonntag)

4. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 10. Mai 1928

Nummer 109

Das Verbindlichkeitstrotz vollzogen

Die Guillotine funktioniert — Die Metallarbeiterstreitkämpfe verbindlich erklärt — Eiserner Kampfstrahl trotzdem

Keine Unterwerfung

Nehmt Stellung im Betrieb!

Was mit den streitenden Metallarbeitern vorausgelegt haben, ist eingetroffen. Heute kommt die Meldung:

Die am 4. und 5. Mai für die Tatsigebiete Sachsen und Leipzig geäußerten drei Schiedsprüche sind vom Reichsministerium für verbindlich erklärt worden.

Wieder hat die Taktik der Gewerkschaftsführer die Arbeiter unter die Guillotine der Verbindlichkeitserklärung gebracht. Wenn die Metallarbeiter diesem Urteil nachgeben, dann bedeutet das eine neue Niederlage nach den Niederlagen von Mitteldeutschland und Berlin. Seit über fünf Wochen stehen die Metallarbeiter im Kampf. Wir brauchen jetzt hier nicht wieder die ganze Haltung der Gewerkschaftsführer in dieser Bewegung aufzurollen. Dazu wird noch Gelegenheit sein. Über es muss unbedingt werden, daß die Taktik der Gewerkschaftsführer von Anfang an auf dieses Ergebnis abgelenkt.

Zuerst bestätigt sich, was wir über die Verpflichtung des Hauptvorstandes Bräuer des mit dem Reichsministerium sagten. Die Handel und Föderation haben das zwar bestätigt, sie haben aber dieselbe Taktik verfolgt, in dem sie erklärten, daß bei Verbindlichkeitserklärung der Kampf aufgegeben werden sollte.

Was ist bisher in diesem Kampf erreicht worden? An den Arbeitsbedingungen des Mantelatals wurde so gut wie nichts geändert. In der Frage der Entlohnungstabellen und der Arbeitszeit wurde eine 1½-jährige Bindung geschaffen. In der Berufsfraufrage erfolgte die Festlegung sogar auf 2 Jahre. 2 Jahre gebunden an die Unternehmensdiktatur, das ist also das Ergebnis der „glorreichen“ Kampfführung durch die Gewerkschaftsbürokratie.

15 Pfennig Lohnerhöhung forderten die Metallarbeiter. Das Ergebnis ist der auch von der Volkszeitung anlässlich des mitteldeutschen Kampfes verhöhnte Messingfünfer bei den Betrieben des Arbeitgeberverbundes, 8 Pfennig bei den Unternehmern des Verbandes Sächsischer Industrieller. Für die Hüttenarbeiter kommt nicht einmal diese Erhöhung von 6 Pf in Frage.

So würde der Abschluß des Kampfes aussehen, wenn die Metallarbeiter sich dem Urteil unterwerfen. Es kann darausgelebt werden, daß die Gewerkschaftsführer den Abruch des Kampfes durchführen wollen. Die Betriebe haben aber schon erklärt, daß sie den Kampf weiterführen wollen. Die Arbeiter der Friedrich-August-Hütte, die Arbeiter des Sachsenwerkes, 12 000 Metallarbeiter in Leipzig haben eine solche Kampfentschließung gefasst. Auch in Leipzig fanden viele Betriebe diesen Kampfbeschluss. Die Gewerkschaftsführer verlangen, daß die Arbeiter in den Betriebe hineingehen.

Unter den Metallarbeiterkampf herrscht über die Verbindlichkeitserklärung und die Haltung der Gewerkschaftsführer die Kühle Empörung.

Der größte Teil der Arbeiter will nicht zu dieser Schandentscheidung in die Betriebe.

Die DMV-Führer treiben in die Betriebe!

Wie uns mitgeteilt wird, hat der Verbandssekretär K. einem Kollegen der Streitleitung der Hütte-Werte die Ausweisung gegeben, mit der Direktion zu verhandeln, wann die Arbeitsaufnahme erfolgen soll. Händel erläuterte noch in der letzten Vertreutensmännerversammlung, die Kollegen sollen auf die generelle Aussöhnung des Verbandsfests warten. Wenn nun die Sekretäre tatsächlich die Betriebe einzeln zur Unterwerfung treiben ohne Abstimmung in den Betrieben, ohne Entscheidung der Vertreutensmännerversammlung, die in Chemnitz bereits heute tagt, so zeigt dies, wie willkommen die Verbindlichkeitserklärung den Reformisten zur Abwürfung des Kampfes war. Sie können das Ende nicht abwarten. Die Kollegen müssen gegen diese Desorganisation der Kampfstrahl lebhaftesten Protest erheben.

Weiter erfahren wir jetzt, daß von der DMV-Leitung die Streitfleiter allgemein angewiesen wurden, sofort Verhandlungen mit den Unternehmern aufzunehmen und die Arbeit zu beginnen.

Eine Funktionärskonferenz für Dresden soll nicht stattfinden.

In Chemnitz fand eine Funktionärskonferenz statt. Dort wurde auch die Umstellung zur Aufnahme der Arbeit erlaubt. Eine Abstimmung über die Aufnahme wurde von den Verbandsbürokraten nicht zugelassen. Mit Hohenstein und Limbach werden eine Anzahl Chemnitzer Betriebe weiter streiken.

Mahngesetzungen in Vorbereitung.

Die Direktion der Schiffsarbeiter forderte die Wiederaufnahme der Arbeit, erklärte jedoch, daß 20 Arbeiter nicht wieder eingestellt werden sollten.

Der Streit wird, wenn nicht zeitlose Einigung erfolgt, weitergeführt.

Zeit haben die Metallarbeiter das Wort. Sofort müssen die Betriebe Stellung nehmen. Die Arbeiter der Chemnitzer Werke, die Kollegen von Limbach und Höhnsteins Erntekal werden weiterkämpfen. Die Metallarbeiter der Dresden und ostdeutschen Betriebe müssen ihren zum Ausdruck gebrachten Kampfwillen jetzt ebenfalls in die Tat umsetzen. Seine an Seite mit den Arbeitern des Ergebirges müssen auch die Arbeiter Ost Sachsen den Kampf weiterführen.

Es gilt, die Fessel der Verbindlichkeitserklärung zu zerreißen. Die heilige Unterwerfung bedeutet, daß die Arbeiterschaft wieder auf lange Zeit gebunden ist, bedeutet eine weitere Stärkung der Schlüpfungsdictatur und der Verbindlichkeitserklärungen.

Nehmt selbst Stellung! Verhindert ein neues Mitteldeutschland! Sagt den Kampf fort! Verbrecht die Fesseln!

Bezwinge die Schlüpfungsdictatur! Erzwingt eure berechtigten Forderungen!

Hainsberger Metallwerke
Betriebsversammlung
Freitag den 11. Mai 1928, vormittags 9 Uhr.

Metallwerk Michalk
Betriebsversammlung
Freitag den 11. Mai 1928, vormittags 10 Uhr,
in der „Alten Welt“, Freital.

Eine verlogene Vorwärtshebe

Hofoorgan der bankrotten Verräte

Um die Arbeiterschaft von den falschlichen Überfällen und Prügelmethoden der Reichsbanner-Schottrupps, die bei der Verbindlichkeitserklärung bereits kürzlich Empörung auslösten, abzulenken, veröffentlichte der heutige Abend-Vorwärts zur Verleumdung der Kommunistischen Partei eine dreckige Verleumdung der KPD-Zentrale. Sie greift nämlich eine Verdächtigung des Sozialen Volkswillen auf, in der die Zentrale der Partei beschuldigt wird, Hugo Urbahn sei er noch Mitglied der Partei-Zentrale, aber schon in Opposition zu derselben stand, der Volkspolizei ausgeliefert zu haben. Nach dieser niedergeschlagenen Verleumdung des Volkspolizei-Organs ergibt das selbe, daß der Volkspolizei mittelt, Urbahn wäre im Herbst 1928 aufgelöst worden, zur K. Erweiterten Executive zu kommen. Er möchte sich eines illegalen Passes bedienen. Eine Viertelstunde nach seiner Abreise aus Berlin hätte der Berliner Polizeipräsident von einem Angehörigen des Zentralkomitees die telefonische Mitteilung erhalten, daß Urbahn auf den Namen Joudou noch Westen unterwegs sei. Daraufhin sei auch Urbahn an der Grenze verhaftet worden und die Zentrale hätte damit ihren Zweck der Unschädlichmachung Urbahns erreicht.

Jedes Wort an dieser Mitteilung des Volkswillen, die der Vorwärts in hämischer Weise zur Veröffentlichtung bringt, ist erlogen und erkennt. Den sozialdemokratischen Führern und ihrem Zentralkomitee wird auch diese enge Freundschaft, die sich bei dieser Gelegenheit zwischen den bankrotten Verrätern und den sozialdemokratischen Führern offenbart, nichts nützen. Maslow, Ruth Fischer kennzeichnen durch Ihren Austritt, was mit dem „Leninisten“-Bund noch los ist. Der Vorwärts spielt keine Seiten vergeblich. Die Arbeiter werden beiden am 20. Mai eine revolutionäre Antwort erzielen.

Baukrot der Verräterpartei

Maslow, Ruth Fischer und Scholem aus dem Leninbund ausgetreten

Vom Zentralkomitee der KPD wird uns geschrieben:

Das was wir seit der Desertion der trotskistischen Neugoten aus den Reihen der KPD vorausgelegt haben, ist nun eingetreten. Dem ideologischen Baukrot der Trotzkisten um Maslow, Fischer, Urbahn, Scholem ist nun auch der völlige organisatorische Jerfall gefolgt. Die Verräterpartei, die den Namen Lenin schändet, deren einziges Ziel die Verleumdung der kommunistischen Reihen war, ist als alte Hilfspartie des Reformismus bewahrt, ist ein Trümmerhaufen. Sie hat sich in drei Gruppen gelappt. Urbahn mit dem Sozialfascistischen Barthels und seinen Leuten um den Sozialen Volkspolizisten Maslow, Ruth Fischer und schließlich Scholem.

Leider überstanden gemeinsam mit Max Hesse dem ZR die Absturz eines Schreibens „An die Reichsleitung und alle Mitglieder des Leninbundes“, in dem es heißt:

„Hierdurch erläutere ich meinen Austritt aus dem Leninbund und ziehe zugleich meinen Namen von allen Kandidatenlisten des Leninbundes, die zu den bevorstehenden Parlamentswahlen aufgestellt wurden, zurück und fordere alle bisherigen Abhänger des Leninbundes auf, bei den bevorstehenden Wahlen ihre Stimme der KPD zu geben.“

Und über den organisatorischen Stand der Verräterpartei urteilt Scholem:

„Nötige Auflösung von den revolutionären Arbeitern in der KPD, Weglassen eines großen Teiles unserer bisherigen Abhänger, Verleugnung in einem großen Teil der gerade erst gegründeten Orgelgruppen.“

Zu ähnlichen Schlüpfungen kommt ein Schreiben von Schimanski, Mäglichen, Paul Schlett, Ruth Fischer und Maslow, das an die Executive der Komintern und des ZR der KPD gerichtet ist. Es wird mitgeteilt, daß die Ausstellung selbständiger Kandidatenlisten zur Spaltung des Leninbundes und zum Austritt der Gruppe geführt habe:

„.... die Fehler des Leninbundes sind unheilbar. Die Frage des Verhältnisses zur KPD in Verbindung mit der Wahlfrage hat deshalb an einen Bruch herangeführt, weil sich in ihr am trotskistischen die ganze Falschheit der politischen Linie des Leninbundes widerspiegelt.... Wir fordern alle unsere Genossen im Leninbund auf, für die leninistischen Maßnahmen in der

halb der KPD zu kämpfen, also den Leninbund zu verlassen und in die KPD einzutreten, um dort, im Rahmen des Statuts und der Komintern-Verhälften für die Stärkung des Leninismus zu arbeiten.“

Beide Schreibens, sowohl das Scholems als das Maslows, enthalten keine Verurteilung, sondern eine Befüristung ihrer konterrevolutionären Linie. Sie treten aus dem Leninbund nicht mit der Begründung aus, daß dies eine Verräterpartei mit einer konsequent antibolschewistischen Linie ist, sondern deshalb, weil ihnen die Taktik des Leninbundes als unangemessen erscheint. Sie hat sich in drei Gruppen gelappt. Urbahn mit dem Sozialfascistischen Barthels und seinen Leuten um den Sozialen Volkspolizisten Maslow, Ruth Fischer und schließlich Scholem.

Eine Stellungnahme über den sonstigen politischen Inhalt der beiden Schreibens, die sich durchweg auf der gekennzeichneten Linie bewegen, wird erfolgen. Das Zentralkomitee hat seine Veranlassung, in eine Diskussion mit den bankrotten Führern der bankrotten Verräterpartei einzutreten. Jeden Arbeiter ist es klar, daß dieser Baukrot nichts anderes ausdrückt als den unvermeidlichen und unvergänglichen Sieg der leninistischen Politik der Komintern und der KPD über die Politik des trotskistischen Verrates an der revolutionären Bewegung.

Das ZR der KPD wendet sich an den sonstigen politischen Inhalt der beiden Schreibens, die sich durchweg auf der gekennzeichneten Linie bewegen, wird erfolgen. Das Zentralkomitee hat seine Veranlassung, in eine Diskussion mit den bankrotten Führern der bankrotten Verräterpartei einzutreten. Jeden Arbeiter ist es klar, daß dieser Baukrot nichts anderes ausdrückt als den unvermeidlichen und unvergänglichen Sieg der leninistischen Politik der Komintern und der KPD über die Politik des trotskistischen Verrates an der revolutionären Bewegung.

Nach Zeiträumen von sechs Monaten von Bewährung und Erprobung in der Tat alle jene Mitglieder der Gruppe Maslow-Ruth-Fischer-Urbahn in die KP Deutschlands und in die Komintern wieder aufzunehmen, die 1. die Täglichkeit der Gruppe Maslow-Ruth-Fischer-Urbahn sofort als antiprolletarische und konterrevolutionäre verurteilen; 2. unvergänglich aus dem Bunde austreten und die Auflösung seiner Organisation fordern; 3. sich öffentlich verpflichten, sich den Beschlüssen des ZR der KPD und den Beschlüssen der leitenden Instanzen der Komintern zu fügen.“

Dies ist der einzige Weg zur Rückkehr der ehrlichen und revolutionären Arbeiter in die KPD. Beweist durch die Tat, den besuchenden Wahlkämpfen sowohl gegen die Bourgeoisie und den Reformismus als ihre trotskistischen Helfer, daß ihr endgültig gebrochen habe mit dem Versuch, eine Partei zwischen Reformismus und Kommunismus aufzurichten. Gute Verschwendungen gegen die KPD waren sehr schwer. Trotzdem will auch die Partei helfen, den Weg zurückzufinden, weil sie weiß, daß sie wahrhaft revolutionäre Arbeiter sich Ihnen, Freunden eingesetzt, wenn es sich um die Sache der Revolution handelt. Je eher Ihr diesen Schritt geht, desto besser für die Partei und für euch!

Austritt eines enttäuschten Mandatsträgers

Ein leidamer Kämpfer für „gewerkschaftliche und politische Moral“

Der Gewerkschaftsangehörige Rodenstock, Duisburg, ist aus der Kommunistischen Partei ausgetreten. In der losländischen Presse erschien in großer Aufmachung sein Austrittsbrief, in dem Rodenstock schreibt, „er leide aus Gründen der gewerkschaftlichen und politischen Moral“ der KPD den Rücken. Rodenstock tut so, als ob er nach langem innerlichen Ringen zu seinem Entschluß gekommen sei.

Im schärfsten Kontrast dazu steht aber die Tatsache, daß sich Rodenstock noch mit größtem Eifer um einen Mandat zum Reichstag beworben. Neben persönlichen Schritten richtet er Schreiben an die Bezirksleitung der KPD Ruhrgebiet und an geht, betont darin, daß Rodenstock um jeden Preis an aussichtsreicher Stelle aufgestellt werden müsse.

Rodenstock wurde auch ursprünglich als Reichstagskandidat aufgestellt. Als er sich aber bei der Lohnbewegung der Gemeindearbeiter schwere Verfehlungen gegen die Arbeiterschaft zuließen kommen ließ, wurde er auf einstimmigen Beschluss der Bezirksleitung Ruhrgebiet wieder gestrichen. Erst nachdem Rodenstock diesen Beschluss erfuhr, trat er aus der KPD aus und folgt der SPD.

Die „moralischen Skrupel“ Rodenstocks erhaben also eine verblüffend einfache Auflösung. Eine starkbeludte Parteiarbeiterkonferenz Duisburgs nahm denn auch einstimmig eine Resolution an, in der erklärt wird, daß der Abgang Rodenstocks kein Verlust für die Partei bedeutet und diese damit über den Fall zur Tagesordnung übergeht.

Mit Buderrot und Peitsche

Deutschnationaler Wahlmethoden

Berlin, 10. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Eine Ortsgruppe der Deutschnationalen Partei in Schlesien hat an ihre großagrarien Vertretungsleute ein Rundschreiben mit dem Bemerk: „Geheim! Nach Durchlesen sofort vernichten!“ erlassen. In diesem Rundschreiben wird die Zeitung „Vandvo“ als besonders wertvolles Agitationsmaterial für die Arbeiter auf den großen Gütern empfohlen. Es wird vorgeschlagen, daß die Großagrarier diese Zeitung für die Arbeiter durch die Post abonnieren. In diesem Rundschreiben heißt es u. a.:

„Es ist Ehrenjache, daß jeder deutsche Befürworter dafür sorgt, daß seine Arbeiter deutschnational wählen. Gerade der größte Befürworter muß bedenken, daß seine Macht nur in der Erfolgsarbeit der Arbeiter beruht. Auswendungen von Geld an die Arbeiter, Drohungen im Bezug auf Abzug außerordentlicher Beiträge müssen in Erwägung gezogen werden. Jeder Familieneinheit einen Taler versprochen, wenn die Wahl gut aussäfft, dürfte Wunder wirken. Seid nicht kleinlich! Reichstagswahl ist nicht jedes Jahr. Am Wahlgang selbst ist Schlepperdienst zu organisieren und Leute zu bestimmen, die in den Wahlzonen anwesend sind und feststellen, wer noch nicht gewählt hat.“

Kommentar ist überflüssig.

Der sozialistische Bund stimmt für die KPD

In der Mainummer der Zeitschrift des Internationalen sozialistischen Bundes „Ilt“ wird zu den Wahlen am 20. Mai Stellung genommen und allen Mitgliedern empfohlen nur der Kommunistischen Partei die Stimme zu geben.

Diese Stellungnahme ist zu begrüßen, zu wünschen wäre nur noch, daß die Mitglieder des Internationalen sozialistischen Kampfbundes nicht nur am 20. Mai Kommunisten wählen, sondern sich auch aktiv an der Wahlkampagne beteiligen und für die KPD eintreten.

Ketne Besförderung von Streitgütern

Duisburg, 10. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Der DFB Duisburg hat gestern die Betriebsräte der rheinischen Hafenanlagen zusammengeufen. Es ist der Beschluss gefaßt worden, die Güter, die von Streitgebieten kommen, nach dem Werkshafen nicht zu befördern. Dem Verkehrsamt wurde angegeben, sich an den Hauptvorstand und an die Bezirksleitung des DFB zu wenden und einen Beschluss herbeizuführen, daß das Personal der Werkhafen ausgesondert wird, weitere Soldarbeitsmaßnahmen mit den kämpfenden Hafenarbeitern durchzuführen.

Klassenjustiz

Die gesamte kommunistische Stadtverordnetenfraktion vor Gericht

Bauzen, 9. Mai. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatten sich die vier kommunistischen Stadtverordneten Bauzen am Dienstag wegen Beleidigung des Amtsgerichtsrates Hüxter zu verantworten. Die Mitglieder der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion hatten den Amtsgerichtsrat Hüxter, der lärmlich als Einzelrichter einen kommunistischen Stadtverordneten wegen Beleidigung des Bürgermeisters zu vier Wochen Gefängnis, einen zweiten zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt hatte, dientlich als einen „willfährigen Klassentyp“ bezeichnet. Das Schöffengericht verurteilte zwei der angeklagten Kommunisten zu je 120 Mark Geldstrafe, einen zu 100 Mark und den vierten kommunistischen Stadtverordneten zu 80 Mark Geldstrafe bei dreijähriger Bewährungsfrist.

Mit diesen Methoden sollen die Kommunisten mundtot gemacht werden, damit die Reaktionäre in Bauzen ungehört ihre saubereren Geißtücher zum Schaden der werktätigen Bevölkerung fortsetzen können. Die Herren werden sich verrechnen. Unsere Genossen werden nach wie vor die Interessen der Ausgebeuteten mit aller Energie vertreten.

600 Mark für Theresia Neumann

Genosse Thomas wegen Beleidigung des katholischen Klerus verurteilt.

Der verantwortliche Redakteur des „Roten Echo“ in Erfurt, der Genosse Otto Thomas aus Jena, stand heute vor dem erweiterter Schöffengericht in Erfurt, um sich wegen Beleidigung der katholischen Kirche zu verantworten, die er dadurch begangen haben soll, daß im „Roten Echo“ im Dezember 1927 ein Artikel über die heilige Rose von Konnersreuth erschien unter dem Titel: „Der Volksbetrag von Konnersreuth“. In dem Artikel hieß es u. a.: „Wir werden den Schleier des Mysteriums in die kleinsten Teile zerlegen, damit die Bevölkerung einmal klar sieht, wie sie belogen und betrogen wird nur deshalb, weil die Kirche

4. Reichstreffen des KFZ

Die Vorbereitungen in vollem Gang

Durch die Thüringer bürgerliche Presse geht eine Notiz, die die Lage nach der Versammlung des Gesamtverbandes des KFZ blättert. Diese Notiz, die auch von der Frankfurter Zeitung gebracht wurde, enthält folgende wichtige Stelle:

„Die Thüringer Regierung wird, wie nach der bekannten Entscheidung des Reichsgerichts anzunehmen war, zunächst kein Verbot des Roten Frontkämpferbundes erlassen. Man will jedoch an den zuländigen Stellen das Verhalten des Roten Frontkämpferbundes in Thüringen genau beobachten und ein Verbot dann ins Auge fassen, wenn sich Verstöße wie bei dem Stahlhelmtag in Altenburg wiederholen sollten.“

Mit anderen Worten: Wenn der Stahlhelm ähnliche Zusammenstöße prognostiziert wie in Altenburg, soll der KFZ verboten werden.

Mit ähnlichen Plänen trägt sich die Regierung in Württemberg sowie bekanntlich auch Herr Kendell und die gesamte Bourgeoisie herum.

Aber auch die Arbeiterschaft begreift die politische Bedeutung der faum verbüßten Wahlkampagne, die seit der Entscheidung des Staatsgerichtshofes weitergeht. In den Diskussionen, die in den Betrieben geführt werden, spielt in Verbindung mit den Wahlen des KFZ die größte Rolle. Mit Recht erhebt man in der steigenden Aktivität des KFZ ein Zeichen für die steigende Aktivität der klassenbewußten Arbeiterschaft überhaupt. Und nichts kennzeichnet besser die steigende Aktivität als die Tatsache, daß die Rote Front im Hande ist, in Verbindung mit dem Wahlkampf auch den außerparlamentarischen Kampfaufmarsch, den Abschluß der gelungenen Wahlkampagne am 27. und 28. Mai zu organisieren.

Die Vorbereitungen zum 4. Reichstreffen des KFZ in Berlin sind in vollem Gang. Gerade in den letzten, wo die

werktätige Bevölkerung am meisten unter dem Stahlhelm-Zetteln zu leiden hat, ist der Ruf zum totalen Frontkampf mit der jetztigen Regierung aufgenommen worden. Ostpreußen führt eine fünfmal härtere Beteiligung als im Vorjahr an. Bremen hat bis jetzt bereits mehr als 400 Teilnehmer zu versprechen.

Auch die großen Gauwahlen melden einer nach dem anderen ihre Sonderzüge an. So steht bis jetzt fest, daß

Erzgebirge-Bogland 3 Sonderzüge
Wasserante 2 Sonderzüge

u. a. bereits festgelegt haben.

In viele Tausende geht die Zahl derjenigen Kameraden, die mit Automobilen kommen wollen. Überall tragen die Vorbereitungen zum 4. Reichstreffen der Roten Front, wo sie rechtzeitig eintreffen, dazu bei, daß die Wahlkampagne dadurch noch mehr belebt und verstärkt wird, der 20. und der 27. Mai im Bewußtsein der Arbeiterschaft zu einer einzigen Aktion der Roten Front verwachsen.

Der Kampfaufmarsch am 27. Mai hat auch außerhalb Deutschlands lebhafte Echo gefunden. Die Schweizer Arbeiter schwingen häufige Karneval Delegation aus Basel und Zürich an. Aus England wird eine 20 Mann starke Delegation der Arbeiterliga ehemaliger Frontkämpfer, die mit dem KFZ verwandte Ziele verfolgt, erscheinen. Delegationen werden auch von anderen Brüderorganisationen zum Reichstreffen in Berlin finden.

Kameraden! Genossen! Wie sieht es mit den Vorbereitungen zum Reichstreffen bei euch aus? Habt ihr im Betrieb schon eine Delegation gewählt? Habt ihr in der Ortsgruppe, in der Sitzungszimmer zum Reichstreffen Stellung genommen? Am 20. Mai. Alle Stimmen für die KPD, für die Rote! Am 27. Mai. Alle Stimmen zur Heirat der kommunistischen roten Klassefront!

Velleidungsarbeiter von Dresden!

Am 14. Mai findet die Wahl der Delegierten zum Verbandsitag der Velleidungsarbeiter statt. Wahlzeit 4.30 bis 7.30 Uhr.

In Dresden, Freiberg, Meißen und Sebnitz wird zum Verbandsitag drei Delegierte zu wählen. Die Opposition hat als Kandidaten die Kollegen Weber und Spitz in Dresden aufgestellt. Es gilt, nur diesen beiden Oppositionellen Weber und Spitz die Stimme zu geben. Sämtliche anderen Kandidaten muss zu streichen.

In Dresden sind die Wahllokale folgende: 1. Sachsisches Feuerwehrwesen, 2. Sächsische Krone, Neumarkt, 3. Schnads Hofhof, Kleine Blumenstraße, 4. Radeberger Bierhalle, Hauptstr. 11, 5. Bureau Schülensplan.

Mitgliedsbuch ist als Ausweis mitzubringen.

Stimmt also für die Kandidaten der Opposition

Weber und Spitz!

Der stellvertretende Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR gestorben

Koms, 9. Mai. (Telunion) Wie aus Moskau gemeldet wird, ist der Stellvertretende Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, Alexander Ilyins, in der Krim im Alter von 58 Jahren einem Herzschlag erlegen. Ilyins spielte beim Aufbau der russischen Kommunistischen Partei eine bedeutende Rolle und besaß das besondere Vertrauen Stalins. Er war Agronom und hat in der gebürtigen Arbeit der russischen kommunistischen Bewegung zum Guru des Karsismus eine wichtige Rolle gespielt. Ilyins war lange Jahre nach Tschurikow verbannt, doch gelang es ihm, von seinem Verbannungsort in Russland und seine revolutionäre Tätigkeit fortzusetzen. Zu Beginn der Oktober-Revolution wurde er von Lenin mit dem Wiederaufbau der russischen Kommunistischen Partei beauftragt und spielte in der Gesundheitsfürsorge eine bedeutende Rolle. Er war 1923 in das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei gewählt worden und hatte gemeinsam mit Stalin die Regierung der Partei durchgeführt. 1926 wurde er zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion ernannt. Das Zentralkomitee teilte in einem Aufruf mit, daß der Tod Ilyins einer der schwersten Verluste für die gesamte kommunistische Bewegung in der Sowjetunion ist. Die Kommunistische Internationale und die Kommunistischen Gewerkschaften haben dem Zentralkomitee ihr Beileid ausgesprochen. Zu seinem Nachfolger ist einstweilen der Vorsitzende der russischen Komiteekommission Ordjonikidze bestellt worden.

Vom Tage

Vor dem Nordpolring Nobiles noch zwei Erfundungslüge

Berlin, 9. Mai. (Telunion) Die Nachausgabe meldet aus Kopenhagen: General Nobile hat sich entschlossen vor dem eigenen Nordpolring erst noch einen bis zwei größere Flüge nach Süden zu unternehmen. Er glaubt, bei dieser Gelegenheit wichtige Erfahrungen jammeln zu können. Der erste Erfundungslug soll dem Kaiser-Joseph-Vorland oder Adelsau-II-Land gelten. Auf dieser Fahrt sollen auch neue Meßinstrumente, die General Nobile zum erstenmal in Gebrauch hat, ausprobiert werden.

Nordpolstart am Freitag

Berlin, 9. Mai. (Telunion) Wie das Berliner Tagblatt aus Kopenhagen erfuhr, wird nach einem Telegramm aus Spitzbergen, General Nobile mit der „Italia“ am Freitag den 11. Mai nach dem Nordpol forschen.

Bergwirtschaftskatastrophe in Kolumbien

Berlin, 9. Mai. (Telunion) Wie das 8-Uhr-Abendblatt aus Bogota meldet, hat sich nach Angaben aus Rio Suio (Departamento Caldas), ein folgen schwerer Stollenabsturz in der dortigen Mine Bendecocesas ereignet. Nach den bisherigen Feststellungen sind 10 Grubenarbeiter getötet und eine große Anzahl mehr oder minder schwer verletzt worden. Es steht zu befürchten, daß zahlreiche Bergleute durch die einzestützten Steinschwellen verschüttet wurden, für deren Rettung nur wenig Hoffnung vorhanden ist.

Einot auf Grönland

Kopenhagen, 9. Mai. (Telunion) Wie die Zeitung „Dienst“ aus Grönland meldet, daß das Land so sehr unter Eisnot zu leiden, wie es seit 1921 nicht mehr der Fall war. In der Küste erstickt sich ein Wellewehr 10-50 Meter breiter Eisgürtel. Alle Sunde und Fjorde sind gesperrt. Die Drei-Groden-Gletscher Haak und Tugtut sind vollständig vom Schiffsvorleger abgeschmolzen.

Fabrikarbeiter! Wählt nur Kandidaten der Opposition!

Verum Wahltag K.P.D.?

Die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu den Lebensinteressen der Arbeiterschaft zeigt sich am klarsten in ihrer Stellung zur Politik des Trustkapitals. Die Unternehmer haben in den letzten Jahren mit Unterstützung der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Rationalisierung in den Betrieben durchgeführt. Wer hat die Rationalisierung genutzt? Den Profitinteressen der Unternehmer oder der Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter?

Ebenso wichtig ist die Stellung zum Schlichtungssystem. Die Erfahrungen aller Arbeiterschaften des letzten Jahres lehren, daß das Schlichtungssystem ausschließlich den Unternehmern interessiert und ein Mittel ist, mit Hilfe der staatlichen Organe die Arbeiter zu knebeln. Wer also, wie die Christlichen und die Sozialdemokraten, für das Schlichtungssystem eintritt, der unterstützt die Unternehmer.

Außer der Unwendung der Schlichtungsquillotie sind die Unternehmer bestrebt, durch Zersplitterung der Arbeiterschaft die Durchsetzung der Arbeitersforderungen zu verhindern. Diese Taktik der Rationalisierung und Zersplitterung der Bewegungen wird von der reformistischen Bürokratie angewandt. Sie unterstellt nur solche Bewegungen, die weder durch ihre Ausdehnung noch durch ihre Bedeutung (Streit in lebenswichtigen Betrieben) die kapitalistische Wirtschaft und den kapitalistischen Staat gefährden. Sie versucht also praktisch alle Bewegungen zu verhindern, die geeignet sind, die Macht der Unternehmer zu schwächen. Über ohne Erhöhung der Macht des Trustkapitals ist es nicht möglich, die elementarsten Forderungen der Arbeiter durchzuführen, insbesondere ist ohne Kampf in breiter Massenfront die Siebenstundentag und die 45-Stunden-Woche in anderen Betrieben nicht zu erreichen.

Die Sozialdemokraten und christlichen Gewerkschaftsführer versuchen den Arbeitern weiszumachen, daß nach den Wahlen mit Hilfe einer Koalitionsregierung eine Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter möglich sei. Jeder Arbeiter möge sich erinnern, wie die Koalitionsregierungen in der Zeit nach 1918 die Arbeitersinteressen mit Füßen getreten haben. Waren es nicht Koalitionsregierungen, die Beschlüsse faßten über Verlängerung der Arbeitszeit, über Belebung des Achtstundentages? Waren es nicht Koalitionsregierungen, die sich besonders energisch für das Schlichtungssystem einsetzen? Waren es nicht die Koalitionsregierungen, die den Arbeitern predigten, ihr müßte mehr arbeiten, damit die deutsche kapitalistische Wirtschaft „gefunden“ — damit also der Profit der Unternehmer erhöht wird?

Arbeiter vergibt nicht die Taten jener Koalitionsregierungen, in denen die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Unternehmernvertretern die Arbeitersforderungen abgewichen haben.

Möhin führt die Wirtschaftspolitik der SPD?

Eigentlich braucht sich nur jeder Arbeiter seine Lohnliste, jeder Angestellte seinen Gehaltzettel anzusehen, und leicht wird die Antwort auf diese Frage gefunden sein.

Trotz guter Konjunktur ist der Reallohn nicht gestiegen. Über hören wir, was das „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD, dazu sagt. Im Anschluß an die recht beachtenswerte Feststellung des Halbjahresberichtes der Reichsbank U.O., daß die deutsche Kapitalbildung im Jahre 1927 um etwa 1,2 Milliarden größer war als in den beiden vorhergehenden Jahren, schrieb der „Vorwärts“ am 4. Januar 1928:

„Ein Ergebnis, das wiederum die von der organisierten Arbeiterschaft bewußt mit eigenen Opfern gegen die Unternehmer geführte Rationalisierung rechtfertigt.“

Überprüftigt ist hier die Frage, inwieweit der „Vorwärts“ berechtigt ist, im Namen der organisierten Arbeiterschaft zu sprechen. Das wichtigste an dieser Neuherierung des sozialdemokratischen Zentralorgans ist jedoch: Die SPD verfügt, um ihre Politik den Arbeitern möglichst schmackhaft zu machen, die Tatsachen zu verdrehen. Es ist irreführend, zu glauben, daß die Unternehmer, die doch — wie jeder Arbeiter seit mehr als zwei Jahren spürt — auf Kosten der Arbeiter überall rationalisiert, sich gegen ihre eigene Rationalisierung wenden. Dieser Irrsinn, mit schändlichen Phrasen verklärt, dient aber der SPD zur Verschleierung der Auswirkungen der von ihr geförderten Rationalisierung der Arbeiterschaft. Die Auswirkungen sind: 1. lange Arbeitszeit, 2. schlimme Herarbeit, 3. Erhöhung des Unternehmerprofits (7½ Milliarden Kapitalbildung 1927), 4. Stärkung der politischen Macht des Trustkapitals.

Eine Unmenge amtlicher Zahlen lassen erkennen, daß die Industrie- und Bankkapital ungebührliche Profite als Ergebnis der kapitalistischen Rationalisierung erhalten konnten. Auf der anderen Seite zeigt ein Vergleich der Lohnhöhe und Preisentwicklung, daß trotz der ausgesprochenen Hochkonjunktur des letzten Jahres die Realhöhe keinesfalls gestiegen sind. Die Wucherpolitik des Trustkapitals, die Roll- und Steuerpolitik des Bürgerblocks, die von dem sozialdemokratischen Minister Preußens im Reichsrat unterstützten Lohnerschöpfungen u. a. holten schnell die geringen Lohnerschöpfungen auf. Es wäre ein Leichtes, hier noch weitere Tatsachen sprechen zu lassen. Das furchtbare Behaupeln in den rottischen Sätzen sprechen zu lassen.

nationalisierten Betrieben, das Unstufen der Krankheits- und Unfallziffern, kurz — die verdeckten Folgen der kapitalistischen Rationalisierung für die Arbeiter, brachten den Unternehmern immer höhere Gewinne.

Koalitionspolitik oder Klassenkampf?

Dem deutschen Kapital wurde beim Wiederaufbau in erster Linie durch die Arbeitsgemeinschaftspolitik der SPD ermöglicht. Diese Politik der Reformisten begann während des Weltkrieges und fortwährend von der Arbeitsgemeinschaft Legion-Berlin und

Dokumente der Schande

Streitbruchserate der Unternehmer und der Gewerkschaften im sozialdemokratischen Hamburger Echo

Arbeit im Hasen.

Durch Entschluss des Seinen Reichsborbunds mindestens 18 der Schiedsgericht vom 29. September für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber verbindlich gemacht. Die Kofrauerne darf nicht durch Arbeiterverschiebung gelöscht werden, und die durch den Schiedsgericht verbeserte Löhne müssen gesetzt werden. Die Löwen betragen im Zweiten, Artikel 11, R. 7,20 für I. Klasse, R. 8,25 für II. und R. 9,64 für III. Klasse. Als legenante Löhne gelten nach einem bedeutenden Anstieg von 20 %. Auch die zulässige Lohnerschöpfung ist erweitert und in vielen Sämtlichen erlaubt. Arbeitgeber werden in den bekannten Betriebsstellen zur Arbeit in gewohnter Weise angenommen und in den Kolonialien ausgedehnt.

Hamburg, 1. Oktober 1926.

Gelenkbetriebsverein in Hamburg e. V.

Deutscher Betriebsrat
Deutsche Gewerkschaften
Zentralverband der Metallindustrie u. Holzverarbeitung

Schwer! Schwerbetriebe Metallindustrie u. Holzverarbeitung
Durch die Verbindlichkeitserklärung des Reichsborbunds für die Metallbetriebe durch den Reichsminister für die Arbeit und Gewerbeigung für die Organisationen, den Deutschen Betriebsrat und den Zentralverband der Metallindustrie und Holzverarbeitung sowie auch für die Mitglieder der Metallfertigungsbetriebe der Organisationen bereit. Von den Organisationen kann jedoch Unterstüzung angefordert werden. Um dies zu tun, ist die Auskunft des Betriebsrates auch in unterscheidbarer Form nicht zu prüfen. Die von unterscheidbaren Sämtlichen unter den Metallfertigungsbetrieben vereinbarten Sämtlichen können nicht angenommen werden. Insgesamt kann finanzielle Unterstüzung den Betriebsaufwand erreicht werden, und daher erlaubt.

Deutscher Betriebsrat
Deutsche Gewerkschaften
Zentralverband der Metallindustrie u. Holzverarbeitung

Sinnlos nach den Novembertagen vom 1918, führte zu einer Niedrigung der Schlagkraft der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen und ermöglichte damit den Scharfmachern ihre Angriffe auf die Lebenslage des deutschen Proletariats.

Die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer und Parlamentarier sind in erster Linie bedacht auf das Wohlgehen der kapitalistischen Wirtschaft. Darum versuchen sie, jeden Kampf, der irgendwie die kapitalistische Wirtschaft zu erschüttern droht, ja selbst kleine Bewegungen, die den Profit der Ausbeuter wesentlich schwächen könnten, abzuwenden. Dies bestimmt die sozialdemokratische Politik im Parlament und bei den Wirtschaftskämpfen: Zersplitterung und lokale Verhinderung der Kämpfe um die Lohn- und Arbeitszeitforderungen sind die Mittel zur Verhinderung erfolgreicher Arbeiterschläge. Die Koalitionspolitik mit der D. R. ergibt sich als „Ideal“ der Sozialdemokratie. Die Tarifpolitik der reformistischen Führer steht sich in diese Politik der Zusammenarbeit mit dem Kämpfenden ein. Die Unternehmer haben davon den Nutzen. Durch die Schlichtungspolitik des Bürgerblocks, die mit Hilfe der SPD eingeführt wurde und die von den sozialdemokratischen Führern verherrlicht wird, werden im Unterherrschaft der Scharfmacher die Arbeiter gefeuelt. Wie weit diese Haltung der SPD zum Schlichtungswesen geht, beweist am besten das Bild eines Schanddokuments aus dem Hamburger Metallarbeiterkampf. Damals lehrte die Arbeiter sofort einmütig die Weiterführung des Kampfes, trotz Verbindlichkeitserklärung des Schadenspruches, belohnt, nahm das hamburgische SPD-Blaß ein Interat der Unternehmer, das der Werbung von Streikbrechern diente, auf.

Als derselben Linie bewegte sich die Sozialpolitik der sozialdemokratischen Abgeordneten. Die offene Unterstützung des Arbeiters durch die Scharfmacher und Aussperren



Der Demokrat Siemens, Scharfmacher und Aussperren

Streitbruchserate der Unternehmer und der Gewerkschaften im sozialdemokratischen Hamburger Echo

Deutscher Betriebsrat
Deutsche Gewerkschaften
Zentralverband der Metallindustrie u. Holzverarbeitung

Schwer! Schwerbetriebe Metallindustrie u

Wenn Sinclair, Barmat, Erdmann Geschenke machen

„Korruption, eine Waffe der Bourgeoisie“

Die massige Macht des kapitalistischen Geldes und die Eigenschaften, mit denen es die Interessen der großen Mehrheit des Volkes für sich nutzt, sind die Hauptzüge der bürgerlichen Partei. Sie ist in allen kapitalistischen Staaten eine Jahrtausendealte Tradition, das nur die Sozialdemokratie bislang nicht kannte. (Leipziger Volkszeitung vom 25. April 1922)

U.S. Politik ist Geschäft. Dagegen läuft sich vom Standpunkt der bürgerlichen Klassenmoral absolut nichts einwenden. Für alle bürgerlichen Parteien ist Politik eine der Ausdrucksformen der Jagd nach Profit. Soweit bürgerliche Parteien gegeneinander Politik machen, ist das nur die Widerstreitigung des materiellen Interessenkampfes der verschiedenen Kapitalgruppen untereinander. Gede die Gruppen nicht möglichst starken Einfluss auf den Staat zu gewinnen, um die eigenen materiellen Interessen durch Ausnutzung des Machtmittels am Staatsapparat zu fördern. Was die Leipziger Volkszeitung schreibt, ist nur zu richtig. Wenn sie sagt: „Korruption, eine Waffe der Bourgeoisie“, tatsächlich den Fall des amerikanischen Petroleummagnaten Sinclair, der den verstorbenen Präsidenten der USA, Harding, und drei Senatoren gekauft hatte, um dann mit deren Hilfe im Jahre 1921 über drei Millionen Dollar Gewinn einzustehen, so kann man ihr für die Erklärung der Bedeutung dieses Korruptionsfallen nur zustimmen.

Aber warum verschweigt die U.S. Volkszeitung, daß mit der Waffe der Korruption auch die Sozialdemokratie in weitestgehendem Maße Bekanntheit gemacht hat? Sich von Kapitalisten bestochen ließ und läßt?

Oder der Vorwärts? Auch dieses Barmat-Organe macht Mitte April mit Nachdruck die Mitteilung, daß die Wahlpropaganda der Allianzpartei aus Geldern bestreitet werde, die von dem Schriftsteller Karl Erdmann stammen, der seinerseits die Gelder der Unternehmer und Unternehmensorganisationen häufig macht. Außerdem soll nach den Angaben des „Athen“ das Auswärtige Amt Gelder für den „Volksstaat“, das Organ der NSP geben. Warum auch nicht? Aber wir fragen: Warum berichtet der Vorwärts nicht, wer außer der NSP von Erdmanns Geldern bisher beglückt worden ist? Sehr einfach. In den Maiwahlen 1920 beispielweise hat die Sozialdemokratie von eben diesem Karl Erdmann selber 250000 Mark Wahlhilfe erhalten. Erdmann war damals Mitglied der SPD, hatte 1918/19 mit Unternehmern eine Korruptionsgesellschaft „Aufbau und Werden“ begründet, die mit dem „Athen“-Verlag eng zusammenarbeitete. Dieser Verlag wurde von dem Sozialdemokraten Baumgärtner geleitet. Erst kürzlich stellte die Sozialdemokratie Dresden Volkszeitung zu dieser Angelegenheit fest, daß das Geld damals von Borsig über Erdmann, dem Begründer des „Athen“-Verlages, zu Rillich, dem verantwortlichen Schriftleiter des „Athen“, lief. Damals war dieser Rillich — SPD! Neben vielen, heute noch großen Kanonen in der SPD gehörte Fritz Ebert jun. (heute Reichstagskandidat der SPD in Brandenburg) zu den ausgehauenen Schriftstellern dieses Verlages!

Aber vielleicht gab es doch nur diesen jetzt gereinigten Korruptionsfall im „Athen“-Verlag, nur einen Fall Erdmann?

Keineswegs! Es ist nämlich, gerade anlässlich der moralischen Entrüstung der Leipziger Volkszeitung einige markante Korruptionssfälle der deutschen Sozialdemokratie ins Gedächtnis zurückzurufen!

Der Sozialdemokrat Anton Fischer schreibt in seinem Buch über „Die Revolutionssammlung in Berlin“, daß ein anständlicher Geldgeber wie Wiles von Weis große Summen zur Ausstellung von Freiwilligentruppen gegen die Arbeiter gegeben hat. Davon hat Fischer der Berliner Parteisektion der Sozialdemokratie mehrere hunderttausend Mark zur Verfügung gestellt, damit sie „Aufklärungsschriften und Plakate herausgabe und den Rednern und Propagandisten von Spartacus und Lenin die eigenen gegenüberstellen“. Statt und das Bankhaus Simon u. Marx haben gleichfalls größere Summen gegeben. Die Gelder dienen nach Fischer außerdem zur Jagd auf die „Räderführer und Drachtführer der Aufstrahlbewegung“. Im Prinz-Projekt wurde gerichtlich festgestellt, daß von diesen Geldern 100 000 M. für die Erforschung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ausgelegt waren. Das gleich mit Wissen der Regierung Ebert-Schleidemann.

Der sozialdemokratische preußische Ministerpräsident Paul Hirsch hat 1919 50 000 Mark Gelder zur Bekämpfung von Spartacus von kapitalistischen Geldgebern empfangen. Konrad Ludwig, der frühere Kassierer der USPD, stellte im April 1922 fest, daß die „Zentralstelle für Heimatdienst“, die aus Regierungs- und Unternehmengeldern finanziert wird, für die Reichstagswahlen 1920 den damaligen Regierungsparteien (Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum) insgesamt drei Millionen Mark zur Verfügung gestellt hat.

Der früher genannte junge Ebert diente auch bei Barmat als „Privatekretär“ Barmats. Der Großhändler und Kassier hat der Sozialdemokratie und einzelnen Führern phantastische Summen geliefert. Die Namen Heilmann, Bauer und Richter sind unzertrennlich mit dem Barmat-Korruptions-Standort verbunden. Bauer, der weisslose Aussichtsrat im Barmat-Konzern, stand als Reichsfänger im Solde von Barmat und steht heute noch in der SPD. Heilmann, Syndikus und vielerlei Aufsichtsrat bei Barmat, ist heute noch sozialdemokratischer Abgeordneter. Gräbner, der für Barmat in seiner Eigenschaft als ländlicher Großhändler Empfehlungen gab, ist heute noch Seeländer. Über die ländliche Sozialdemokratie erhielt wenigstens 200 000 Mark von Barmat zum Aufbau ihrer Parteisektionen. Barmat hat nicht nur einzelne sozialdemokratische Führer persönlich korrumptiert, er gab auch Gelder für die Wahlen und für das Bureau der 2. Internationale. Nach den Angaben von E. Bartels, Kassierer der SPD vor dem Barmat-Unternehmungsausschuß, sind im Herbst 1922 vor den Reichstagswahlen durch Vermittlung von Heilmann 20 000 Mark von Barmat an die SPD überwiesen worden.

Auch Ehren-Steiner ist hier nicht vergessen, der bereit war, sein Oberbürgermeisteramt in Hannover für die Garantierung einer jährlichen Pension von einzigen hundertausend Mark von Seiten der bürgerlichen Parteien zur Verfügung zu stellen.

Vergessen wir nicht die sozialdemokratischen Aussichtsräte in privatkapitalistischen Unternehmungen. Da ist zu nennen Süderum, Steiner, Heilmann, Bauer. Von denen weiß man es. Von vielen weiß man es nicht.

Alles in allem: die Sozialdemokratie hat sich alles, was in der bürgerlichen Politik gong und gäbe ist, zu eigen gemacht. Zwar, die Leipziger Volkszeitung hat recht: Die Korruption ist eine Waffe der Bourgeoisie. Und eine gefährliche. Die

Politik der Sozialdemokratie ist ein einziger Beweis dafür. Der bürgerliche Staatspräsident der USA und seine drei Minister verlaufen ihren Klassegenossenstaatlichen Petroleumhelden für gutes Trinkgeld.

Führer einer proletarischen Partei verlaufen ihr Ministerposten und Korruptionsgelder die proletarische Revolution und den Sozialismus an die Bourgeoisie. Das ist Korruption. Und das für, meint die Leipziger Volkszeitung, sollte man die Sozialdemokratie unterstützen?

Die Arbeiter müssen diese Partei führen, wie der Staat den Hängen führt.

Freudenfeier der Unternehmer

„Die Sozialisten hatten keine Wahlparole gegen die Bourgeoisie“

Der „Klassenkampf“ über die französischen Wahlen

Linke und rechte Sozialdemokratie überließen sich in den Griffen auf die französischen Kommunisten, die der Reaktion zum Sieg verholfen hätten. Es lohnt sich, an das Urteil zu denken, das Leipziger Volkszeitung zu Felde zog, schrieb der ländliche Sozialdemokrat und damalige Wirtschaftsminister Heilmann in der „Gilde“ vom 15. Mai 1922:

„Weit tragischer ist es für die deutsche Arbeiterschaft, daß sich gerade jetzt einzelne Sozialisten finden, die die Unabhängigkeit des Abstundentages mit der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage Deutschlands zu begründen und nachzuweisen suchen. Soll man die deutschen Unternehmer um ihr Glück beneiden? Sie hätten alle Ursache, in ihren Hauptkontoren Freudenfeier anzubringen und ihre Geldschranken mit Palmen zu schmücken, denn eine Gewissensführung gegen die Kampfziele des Proletariats muß natürlich für die Interessen des Großkapitals weit günstiger wirken, wenn sie von sogenannten Führern der Arbeiterschaft selbst erreicht wird, als wenn sie direkt von Kapitalisten stammt.“

Diese Worte gelten auch heute noch. „Sogenannte Führer der Arbeiterschaft“ verteidigen heute die Schlichtungsordnung, die Arbeitssicherungsversicherung, alle Knebelungsgesetze der Bourgeoisie. Darum läuft die SPD! Stimmt am 20. Mai für die Kommunistischen Partei!

„Liste 5 verholt den Kapitalisten die Freude!“

Albert Thomas

der sozialdemokratische Führer des Internationalen Arbeitsamtes, präsentiert heute das faschistische Regime Mussolini. Frühere sozialdemokratische Führer wie

D'Urracomo

und bereits in die faschistischen Gewerkschaften eingetreten und hellen mit, bei der blutigen Unterdrückung ihrer aufrechten Klassenkollegen. In England bildet der noch vor einem Jahre vom Vorwärts hochgepriesene

Front Hobbes

gelbe Gewerkschaften im Solde des Kapitalisten. In Deutschland sehen wir eine unendliche Reihe von früheren SPD-Führern, die heute als Unternehmersöldner dastehen. Die Winter und andere SPD-Führer sind heute noch

Führer der freien Gewerkschaften

Arbeiter beachtet das, wenn heute die Leipziger und Grobmänner zur Wahl von Sozialdemokraten auffordern und gegen die Kommunisten heben. Gebt ihnen die Antwort! Stimmt für Liste 5, der Kommunistischen Partei!

Albert Thomas verherrlicht das faschistische Gewerkschaftsgesetz

Der Sozialdemokrat Albert Thomas hat in Rom gesprochen. Er hat aber nicht etwa gegen die Unterdrückung der ländlichen Gewerkschaften und gegen die faschistischen Mordtaten protestiert, sondern das faschistische System verherrlicht.

Bei der Empfangsfeierlichkeit in Rom pries Albert Thomas das faschistische Gewerkschaftsgesetz und bezichtigte Mussolini als den Vorkämpfer der „sozialen Gerechtigkeit“. Dann machte er die Feststellung, daß das Internationale Arbeitsamt und der Faschismus in ihrem Ziel der Errreichung des sozialen Friedens übereinstimmen.

Mit leichter Feststellung hat Thomas recht. Das Inter-

Ausgeverrenversammlung der Holzarbeiter der Metallindustrie

Am 8. Mai fand im Volkshaus die Streikversammlung der Holzarbeiter statt. Kollege Gercke gab Bericht über Stand der Bewegung. Ironisch sprachiger Organisationen und Holzarbeiter vertrat er den Standpunkt, daß es Völkische Arbeiter sei, sich einer Verbündetlosigkeitserklärung zu unterwerfen. Der Aussprache wandte sich ein Kollege gegen das Entgegenwollen und für den Kampf über die Verbündetlosigkeitserklärung hinaus. Der Verbandssekretär Wagner glaubte unerhörter Weise die Ausführungen des Kollegen entkräften und gelte er in „Kommunisten“.

Kollege Gercke erklärte im Schlussswort, daß die Arbeiter den Kampf für die Durchführung ihres Sonderabkommen weiterführen werden trotz Verbündetlosigkeit des Verbands für die Metallarbeiter.

Hoffentlich sieht die Verwaltung ihre großen Töne an, die Tat um, die Holzarbeiter haben alle Ursache, auf der zu sein.

Freudenfeier der Unternehmer

„Die Sozialisten hatten keine Wahlparole gegen die Bourgeoisie“

Der „Klassenkampf“ über die französischen Wahlen

Linke und rechte Sozialdemokratie überließen sich in den Griffen auf die französischen Kommunisten, die der Reaktion zum Sieg verholfen hätten. Es lohnt sich, an das Urteil zu denken, das Leipziger Volkszeitung zu Felde zog, schrieb der ländliche Sozialdemokrat und damalige Wirtschaftsminister Heilmann in der „Gilde“ vom 15. Mai 1922:

„Der wahre Grund für den Ausgang des Wahlganges nicht in äußeren Umständen. Sagen wir es offen: er liegt in der Zweideutigkeit der von der Sozialistischen Partei trüben Politik.“

Faktisch hatten die Sozialisten keine Wahlparole gegen die Bourgeoisie (!!). Dagegen wußten sie sich gegen die Kommunisten wenden. So gerieten sie ohne ihren Willen (aber beiläufig (?!!)) in die bürgerliche Einheitsfront ... Dasselbe werden auch die Sozialisten noch ihre alte Mandatsliste erhalten. Aber da es für den Sozialismus nicht auf Mandat sondern auf Anhänger ankommt, muß man angeben, daß einen Wähler erworben hat. Man wird in der neuen Partei merken, was unsere Genossen daraus gelernt haben. Zeit der Wiederholung der Zweideutigkeit ist nicht nur für die sozialen Sitten der Internationale lehrreich ...“

Mittlerweile ist aus der „Zweideutigkeit“ eine volle Zweideutigkeit geworden. Die Sozialisten zeigen, was sie jetzt haben: sie haben erst der Reaktion zum Sieg verholfen, um dann wieder auszugehen, und jetzt orientieren sie sich auf die Koalition mit Poincaré! Dafür aber schimpft die SPD, was das Zeug hält gegen die „Verbündeten von Poincaré“, die Kommunisten.

Ansgeklagten wegen Erwerbslosigkeit!

Sozialdemokratische Gewerkschaftsführer gegen Arbeitsschlaf

Ein Mitglied des Lederarbeiterverbandes in Breslau feiert 15 Jahren dem Verband angehört, erhält im Februar folgendes Schreiben:

Breslau, den 20. Januar 1923

In Anbetracht dessen, daß Du bereits zwei Jahre Arbeitsschlaf bist und in dieser Zeit keine Arbeitsschlaf, wo Du Beiträge zu zahlen hättest, angenommen hast, wenn wie Deinen Nachschluß aus dem Verbande abgesetzt. Du kannst nicht behaupten, daß Du in dieser Zeit keine Arbeitsschlaf angewiesen worden wäre, sondern Du hast Dich der Annahme gedrückt. J. A. Franz Ullz, Vorsteher.“

Ist das nicht der Höhepunkt des Stands? Der betreffende Arbeiter ist bei der gefundene Arbeit in den Lebensabstand verkehrt. Zog will ihn sein Unternehmer mehr einstellen, weil er ihnen zu alt ist und weil Tausende junger Arbeitskräfte auf dem Nachwege liegen. Und nun schließen ihn die reformistischen Gewerkschaftsführer noch aus dem Verband aus, weil er keine Beiträge mehr zahlen kann und man gezwungen wäre, ihm hin und wieder eine kleine Extra-Unterstützung (Weihnachtsgeld usw.) auszubezahlen.

Die SPD-Führer werden jetzt wieder um die Stimmen der Erwerbslosen — Arbeitsschlaf gibt ihnen die richtige Antwort! Gebt eure Stimme der Kommunistischen Partei!

Thomas
huldigt dem
Mareottimörder

Gebt ihm die
richtige Antwort
Stimmt für Liste

5

★



Die Bar

Von Paul Signet

Dies ist ein Monat aus dem damalige bürgerlichen Leben. Ich habe selbst eine Zeitung als besserer Statist in diesem Bildausschnitt illustriert, als ich Konferenz in einer kleinen, sogenannten kleinen und entschieden sehr lugurigen Bar in der verputzten Lebemannstraße Berlins trug.

Das Lokal bietet Platz für höchstens 20 Personen. Der Gast, der sich hierher verzerrt, wird schon an der Kleiderablage empfangen von einem Dolmetscher, der zwölf verschiedene Sprachen beherrscht, ein dementsprechendes Gehalt besitzt und die Aufgabe hat, den Besucher in zwölf verschiedenen Sprachen aufzuführen, daß er nicht fortläuft.

Dann wird er begrüßt vom Herrn stellvertretenden Direktor prima Smiling, der als internationale Körperei auf dem Spielt des Gästespiels gilt, und sich diesen kleinen europäischen bei mehr als angemessen doch bezahlen läßt.

Ein Herr Stimmungsänger versucht durch eine komische Verzierung, den Gast gleich in gute Stimmung zu bringen.

Vier arme, geschminkte Barfrauen hinter der Theke müssen sich ein verlohnendes Lächeln auf ihre abgemilderten Gesichter, während ihnen thront der würdige, ehrenwerte Fachmann des Hauses der Getränkebar, und neigt ebenfalls zur Begrüßung.

Zwei herzlich betrachtete Kellner wollen den Gast, jeder in Reiner ziehen. An jedem Tisch führen zwei bis drei aufwendig geschminkte, alleinstehende Damen. Die Kapelle, bestehend aus vier Mann, die bis jetzt thranig auf den Beginn des zweiten gewartet hat, singt plötzlich an, wilde Jazzmusik zu spielen. Die auffallend geschminkten Damen erheben sich von ihren Plätzen und tanzen mit hochgehobenen Röcken — der Prinz kommt, Dornröschen und ihr ganzes Schloß sind aus dem Jägerhof erwacht. Jetzt erscheint sogar der Herr des Schlosses — will jogen; der Herr steht seiner zweitengeschmückten Gattin, lächeln vornehm — und der Gast rechnet sich schaudern aus: Dolmetscher, Direktor, Stimmungsänger, vier Barfrauen, vier, zwei Oberleutner, Kapelle = 14 Personen, der Wirt und eine Frau = 16 Menschen — und sie alle wollen heute von mir leben!

Und sie leben alle von ihm und noch vier bis fünf anderen Leuten, die sich durchschnittlich pro Abend in diese Amüsehölle tragen. Der Herr Wirt lebt sogar sehr gut davon. Dafür müssen keine Angestellten sorgen. Und zwar je kleiner ihre Stellung, je niedriger ihr Einkommen, desto mehr müssen sie dafür sorgen. Und das ist die proletarisch-tragische Rechtese eines bürgerlichen Komödiendienstes.

Der Dolmetscher und der Herr stellvertretende Direktor legen ihr gutes Gehalt. Letzterer ist sogar am Gesamtunternehmen prozentual beteiligt. Dafür spekuliert der Dolmetscher auf Trinkgeld zu bekommen und seine fremdländischen Gäste zwölf verschiedenen Sprachen zu begleiten.

Die Oberkellner leben schon nur vom Trinkgeld — 10 Prozent allem, was sie dem Gast verkaufen.

Denkt die Barfrauen, aber sie müssen 3 von diesen Prozent dem Wirt abgeben.

Der Herr Wirt ist der liebe Gott im weißen Kittel, giebt hast die Schnüre ein und nimmt dafür die 12 Prozent, um keine vier Barfrauen abgeben müssen.

Der Herr Stimmungsänger kriegt 8 Mark und hämpert sich ins Leben. Auf der Straße laufen Angestellte des Lokals — die „Spanner“ —, und sprechen die Passanten an, um aufzutreten, in die Bar, zu gehen, für die sie arbeiten. Eine Partie — d. h. für jeden zahlenden Gast — kriegt der Wirt 1 Mark. So arbeitet er von sieben Uhr abends bis drei Morgens und verdient 4—5 Mark. Wenn er nicht außerdem über der Frauen wäre, die im Lokal an den Tischen führen auf die Gäste warten, die er anschleppt, müßte er netter sein.

Dann sind da noch vier oder fünf Tänzerinnen. Sie müssen ebenfalls von acht bis drei Uhr zur Verfügung stehen und haben nicht zu tun als folgendes: im Laufe des Abends je nach vier Tänze tanzen, einen eleganten Eintritt machen, in den Gästen einladen lassen, nach einer Uhr nachts Nachtruhe stellen — und für alles kriegen sie eine Gage von 5 Mark abend. Da der Seidenstrumpf, den sie sich alle zwei Tage müssen, 3 Mark kostet, sind sie froh, wenn sie eingeladen werden, eben des Gastes ein warmes Abendbrot. Werden sie nicht eingeladen, essen sie das auch, der Ober gibt Kredit und rechnet es am nächsten Tage dem Herrn mit an, bei dem die Dame sitzt, das ist eine Erfahrung, und wenn man sonst tagsüber hält, kann man vom Rest der 5 Mark die Miete bezahlen. Ein bißchen

Schwarz und Weiß

Director Fischer aus Milwaukee, der Nachfolger Hanns in der Komödie auf der Reichsbühne, kommt uns ganz amerikanisch. Wenn auch das von dem Franzosen Le Guilly geschilderte Stück „Schwarz und Weiß“ spielt, die Art, wie es in der Komödie aufgezogen wird, ist kaum amerikanisch. In den Pausen spielt die Boßeling „Alle schönig“ Jazz. Sehr richtig, denn damit wird das abgedecktes als harmloses, aber wütziges Raptot fin. Nur so dann konsequent (wenn auch nur von einem Teil der Kasse, falls die Katharina das Orchester benötigt) in allen Räumen des großen, gespielt werden. (Kennen wäre die Spur des verjagten Wolfschleglers entbehrlich.) Die Interierung durch Costa gab der Komödie ein außerordentliches, das freilich nicht ganz bis zum Schlusshandeln wurde. Tempo und glänzende Konversationschauspieler machen Erfolg. Ohne beides würde der Inhalt der Komödie äußerst wirken. Es ist das latissam bekannte Thema, nur in anderem Arrangement. Marcel Demont (Exporteur Amerikaner, Oftarolinen, Automobilien) will der Herrliche 25-jährige Frau Katharina durch eine Spannung. (Proletarier freilich lösen das Problem ehrlichen leicht. Sie sind Tag für Tag ins gemeinsame Apartment.) Sie schwört, in diesem Fall ein Unglück anzubringen, betrügt ihn prompt mit einem Gigolo (Gintzler). Es war gar nicht der verliebte Gigolo, sondern in der des Hotelzimmers... ein berühmter Regentenor, weise! Ihre Niederkunft fürchtet sie als den Tag, entschließt sich: ob Schwarz, ob Weiß. Als Vater, Marcel, diese Tatsache erfährt, die seine Ir Illusion Dempelt, ist er in tausend Nöten. Auszweigungen entstehen er sich seiner Frau ein weißer zu schaffen, noch ehe sie selbst die Erfahrung hat. Dies gelingt! Statt nun aber mit einer Ablösung zu halten, wird er liebender Vater, der seinen Kindeskindes, sie ahnen — im Naturinstinkt geleitete liebende Mutter, die Ehegatten. Happy end! An das sich atemporenbrechend anschließen mühte. (Garten Eden!) Über die leichte, etwas frivole Behandlungsgänge aus dem Gebiet der Rosenhygiene, und Vererbung lädt sich streiten. Jedentfalls Ensemble der Komödie gelingt jede gefährliche heile Stoff hat. Ja, es verstand sogar dem von Nachdenklichkeiten und Schwierigkeiten Abend zu keinem Haase als von der jeweiligen Situation.

Gesellschaftsprostitution nebenbei und man kann direkt vom Vorst der Tänzerin in der Bar leben.

Die kleinen, auffallend geschminkten Frauen aber, die isoliert an den Tischen sitzen, tragen keine 5 Mark. Sie kriegen gar nichts. Und doch halten sie den Betrieb aufrecht. Sie müssen ebenfalls von Beginn bis Schluss hier sein und haben die ehrenvolle Aufgabe, den Gast eine große Zsche machen zu lassen. Wird ja eine kleine Tischfrau eingeladen, holt sie bald schon eine Kollegin zum Trinken mit an den Tisch. Wenn der Kavalier angekippt ist, zieht sie ihm zur Bar, wo er außer den beiden Mädchen noch von zwei Schenkdamen gepeppt wird. Von all dem hat sie nichts als höchstens einen verlorenen Wagen und wahrscheinlich auch einen materiellen Schaden. Denn je mehr der Kavalier im Lokal ausgibt, desto weniger kann er ihr dann für eine Liebesstunde „schaffen“. Wie untrüglich — da sie doch davon lebt. Aber noch mehr! Will der Herr vor der Polizeistunde mit ihr weggehen, so tut sie das nicht, denn der Herr Wirt hat es ihr verboten, und sie darf sonst am nächsten Tage nicht wieder kommen. Sie geht nicht mit — auf die Gefahr hin, daß der

Ihre um dessen Einführung er sich durch diesen Freitoch坐落 ganz unfreiwillig und läßig drückt. Die eine der beiden Frauen war entgeizt. Die andere aber ging nichts auf und ab — sie stieg immer über den Leichnam hinweg und kammer.

„Mein Scalpel — mein Scalpel!“

Rath — was?

Aber das ist die Bar: das Modchen, das über den betroffenen Scalpel jammert, der Spanner, der zum notwendigsten Lebensunterhalt ein hohes Liedet, und der Debraudon, der den Kavalier spielt.

Die Angestellten der Bar leben von den Verbrechen, die ihre Hände begangen haben.

Der Wirt lebt nur von den Verbrechen, die er seine Angestellten zu begegnen bringt.

Die Gäste werden von der Polizei verfolgt, die Angestellten von der Gesellschaft missachtet, eine Barfrau — pah!

Nur der Herr Wirt ist angehener Staatsbürger in der besten Gesellschaft gern gesehn, Mitglied des Aufsichtsrates, denn er tut ja nichts moralisch Verwertbares, er lüdet nicht, seine Frau tut nicht von Diebstahl oder Dekadenz in der ganzen Familie keine Spur — es sind Ehrenleute vom Scheitel bis zu den Füßen.

Zum Raubmordversuch in Dresden-Löbtau wird noch nachgetragen, daß es sich bei dem vom Täter benutzten und zurückgelassenen Mordinstrument um einen Schwermauer- oder Härtelgeräthammer handeln dürfte. Der Hammer trägt am hinteren Ende drei runde Röderpunkte, die annehmen eingefüllt worden sind. Er liegt im Schuhloch des Polizeipräsidiums, Schießgasse 7, Eg., zur Ansicht aus.

Schnell festgenommene Einbrecher. In der Nacht zum 7. Mai wurde in das Kontor einer Kohlenhandlung auf der Freiberger Straße eingebrochen. Die Täter zertrümmerten vom Hofe aus mit einem im Schuppen vorgezogenen Vorlegeschloß das Fenster, wirtheten es durch das entstandene Loch auf und stiegen ein. Hierzu öffneten sie mit dem im offenen Schreibpult gelegenen Schlüssel den Geldkasten und entwendeten etwa 300 RM. Bereits am anderen Tage konnten die Täter ermittelt und festgenommen werden. Von dem gestohlenen Geld hatten sie sich neu eingekleidet. Dies zeigt deutlich genug, daß die jungen Burghen von dieser Gesellschaft auf die Bahn gedrängt werden. Jetzt wird man sie zu Verbrechern stempeln ...

Entmischt. Gestern gegen 5 Uhr wurde im Grundstück Karchallee 27 ein Einbrecher auf frischer Tat überrollt. Er hatte bereits mit einem Radialschlüssel den Autotürrahmen geöffnet und ein neues Fahrrad zum Mitnehmen bereitgestellt. Bevor man ihn fassen konnte, ergab er nach dem Großen Garten zu die Flucht. Am Tatort hat er Herrenfahrrad, Marke „Franklin“, Nr. 577 172, und einen doppelten, 5 Meter langen, mit Knoten und eingehaltenen Holen versehenen neuen Strick zurückgelassen. Unnehmbar handelt es sich um einen gewerbsmäßigen Einbrecher. Die Sachen befinden sich in Bewahrung des Polizeipräsidiums.

Darlebensbetrüger festgenommen. Von der Kriminalpolizei festgenommen und der Staatsanwaltschaft zugeführt wurde der 30 Jahre alte Schiffbaukunst Hans Neupold aus Dresden. Er verschwindete sich in vielen Häusern unter dem Vorzeichen, seine Frau sei frank und behindre sich in einem Erdholzschuppen. Dies erfolgte Geld verwendung er in seinem Ruhen.

Schallplatten mit Ansprüchen von Parteiführern können sofort vom Parteibureau, Columbusstraße 9, bezogen werden.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Flechner in einem Polizeifahrzeug gefahren

Kadeweul. Am Mittwoch gegen 16 Uhr ereignete sich an der Ecke Paradies- und Leipziger Straße aus bisher noch nicht ermittelten Ursachen ein Zusammenstoß zwischen dem aus Dresden kommenden Kraftwagen des Leipziger Polizeipräsidenten Flechner und einem Lautwagen. Nach Anlegen eines Kreisverkehrs lenkte Flechner und seine Begleiter die Reise nach Leipzig in einem anderen Kraftwagen fort.

Gasexplosion. Röthenbühl. Aus bisher noch nicht ermittelten Ursachen fanden an vier verschiedenen Stellen des Ortes Gasexplosionen statt. Teilsweise wurde dabei starke Sachschaden angerichtet, jedoch sind Personen nicht verletzt worden.

Zusammenstoß zwischen Personalauto und Radler. Königsfeld. In der gefährlichen Kurve Ecke Dresden und Marktstraße kam es vorgestern nadmittag wieder einmal zu einem Zusammenstoß zwischen einem Auto und einem Radfahrer. Letzterer wurde vom Rad geschleudert und verletzt.

Hausindung von Gräbern aus der Bronzezeit. Kadewitz. Beim Ausgraben eines Kriegergräberhügels bei Kadewitz fand man bisher 10 Steinpurgungsgräber der alten Bronzezeit. Waffen wurden zwischen den Urnen nicht gefunden.

Kunstaustellung Brühlsche Terrasse

Der Sächsische Kunstverein stellt zur Feier seines 100jährigen Bestehens auf der Brühlschen Terrasse „Kunst in Sachsen vor 100 Jahren“ aus. Diese Ausstellung, gewissermaßen vom Kunstmuseum zu geburtstagsfeierlichen Zwecken veranstaltet, dürfte gelten. Das ist aber bis August Juni läuft, beweist erneut, daß die Vereinigung von Kunstreunden nicht die tägliche Beziehung zum Leben hat, die im Interesse der Künstlerschaft, besonders der freien, erinnert und notwendig ist. Es erweist sich jenseit an dieser repräsentativen Ausstellung, daß von allen Künsten gerade die Malerei die wenigsten Beziehungen zum kollektivistisch gerichteten Menschen hat. Die monumentaler, gewaltiger der Maler Joseph (Hodler, Corinth, George Grosz), um so mehr entsteht er sich den Massen, während die niedrigen, den Säulen seines Spitzwegs z. B. weitesten Kreisen etwas zu sagen haben. Das Proletariat steckt in den weitesten meistern Fällen schon wegen der Besonderheit des Ausstellungsbetriebes vom Genuss der bildenden Künste, insonderheit der Malerei, ausgeschlossen. Und am wenigsten wird es etwas mit der jungen Ausstellung zu tun haben wollen. Die ist eben im wesentlichen nur eine Angelegenheit der „Kunstfreunde“ im Kunstverein. Was haben denn die Porräts Ferdi, von Ranzlis, die Domherren, Offiziere, Kürschnerei des vorangegangenen Jahrhunderts darstellen, mit uns heutigen zu tun? Zu rein künstlerischer Betrachtung sind für das Proletariat die dazu nötigen wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht erfüllt. Kein künstlerisch betrachtet sind die Porräts erlebte Zeugnisse einer hohen materiellen Kultur. Caspar David Friedrich, Ludwig Richter, Ernst Rietschel, Carl Dahl und vertraten. Wenn wir hier nicht auf ihre ausgestellten Werke näher eingehen, so deshalb, weil eben ihre Welt eine andere ist, als die heutige des Proletariats. Nebenbei ist, obwohl dies war, obwohl die Industrialisierung zu Richters Zeiten noch in den Kindesstadien stand, nicht überall das paupärdige Familienglück, das er mit Vorliebe darstellt. Ganz besonders auffällig tritt die Welt- und Lebensferne in Erinnerung bei den Ranzlis, in jenem Kreis von Malern, der, blickend auf den Ergebnissen der hellenistischen Epoche, in pseudohistorischer Abgeschlossenheit „kritisch“ steht. Für heutige Augen selbst und gern auf die Schritte des Bauhausentwurfes hin) unerträglich läßt. Schnorr von Carolsfeld und J. Peter schreiten zu jenem Kreis. Blau in Blau italienische Bilder Caselli's. Manches trostliche vermittelt man. So Runge. An vielem erfreut sich das gesunde Auge. Aus der Welt schaffen läßt sich aber die Tatsache nicht, daß diese Ausstellung unserer in Rot befindlichen Künstlern verdammt wenig nutzt.

Tageskalender der Dresdner Theater

Avgust. Opernhaus: Deutsches Nationaltheater (11.30 und 19.30 Uhr). Saaltheater: Henrich Süller (19.30). Residenztheater: Broadway (20). Centraltheater: Wien sieht auf (20).

SOLL DER NEUE REICHSTAG NEUE

LASTEN

BRINGEN?

Dem Dawes-Reichstag von 1924 ist der Zollmischer-Reichstag von 1925 gefolgt. Wie hat das sogenannte deutsche Parlament seine Polizeiaufgaben erlebt wie beim Zoll- und Steueraufzug 1925. Tagelang haben große Polizeiaufgebote in Zivil und in Uniform bereit, um den Kampf der kommunistischen Fraktion gegen die Zollmischermeiheit mit Gewalt zu brechen.

Was der alte junferliche Scharfmacher Herr von Odenburg-Janulchau in der Vorfristzeit von seinem Kaiser forderte, nämlich, daß er das Parlament durch einen Leutnant und 10 Mann auseinanderbringe, das ist in der Republik in wenig verändertem Form beim Zoll- und Steueraufzug Wahrheit geworden. Nicht das Parlament wurde auseinandergezogen. Warum sollte man die geflügelten Verteilen nicht dulden? — Aber einen Teil der kommunistischen Fraktion gilt es mit Polizeigewalt im Laufe einiger Tage hinauszumieten, um Steueraufzug und Zollmischer unter Druck und Nach zu bringen.

Jetzt zeigen sich die Ergebnisse dieser rücksichtslosen Ausplündерungspolitik. 8 Milliarden und 400 Millionen Goldmark sind im Jahre 1927 an Reichsteuern aus der deutschen Bevölkerung herausgezogen worden. Dabei ist das nur **etwa ein Teil der Opfer**, denn die wertvollen Waffen für die Erhaltung der kapitalistischen Republik jetzt zwangsweise bringen müssen. Die Ausplündierung der Volkssachen geht so verhältnismäßig in so verschiedenartigen Formen und von so verschiedenen

Teilwirtschaften. 945 Tarifpositionen hat der deutsche Zolltarif; das umfaßt alles, was wir verzehren oder kaufen verbrauchen. Nur alle diese Waren ist die deutsche Grenze gesperrt, damit die Auslandswaren nur nicht zu billig an den deutschen Abnehmern herankommen. Für alle diese 945 Artikel wird auf die aus dem Auslande eingeführten Sendungen dann der Zollbetrag auf den Preis aufgeschlagen. Dann aber werden dielebenen erhöhten Preise auch für die viel größeren Mengen der im Inlande produzierten gleichen Waren berechnet, und dadurch machen die deutschen Agrarier und Industriestand ihr eigentliches Zollmischergeschäft.

Um sich diese Milliarden an Inlandsgewinnen auf Kosten der wertvollen Verbrauchermaßen zu sichern, deswegen kämpfen die Ausbeuter so rücksichtslos für Schuhzölle hoch. Schuhzölle bedeutet ihnen wissentlich nur: Schuh für höchste Preise! Die insgesamt durch die Zoll- und herbeieilenden Preiserhöhungen innerhalb Deutschlands bis von Wissenschaftlern auf mindestens 2 Milliarden Goldmark berechnet worden.

So steht es in der Ausplündierung der Waffen Milliarden an Milliarden. Diese preissteuerliche Ausplündierungspolitik ist einer der Gründe dafür, daß der Arbeiter jetzt in der Nachkriegszeit zwar einen höheren Geldbeutel ausgezahlt erhält als in der Vorriegszeit, daß er aber erheblich weniger dafür kaufen kann, so daß es ihm in Wirklichkeit schlechter geht als früher!

bringen, sollte ihm offenbar machen, welches gravierende in der kapitalistischen Republik mit ihm getrieben wird.

Wer sind die Schuldigen?

Die heutige Steuer- und Zollmischerpolitik des Bürgers baut sich auf den Beschlüssen der Weimarer Koalition, Nationalversammlung und des späteren Reichstages. Grundlegende Änderungen sind seither nicht erfolgt und den nicht erfolgen. Adam Stegerwald, christlicher Gewerkschaftsführer, Bürgerblödführer und Rentzumsabgeordneter, am Schlusse seiner Aufrechnung der gewaltigen Steuerlasten, er vor den christlichen Arbeitern variegt, möchte:

Keine Parlamentsmeiheit und keine Regierung — wenn sie rein sozialistisch zusammengelegt wäre — kann zu Steuerbild in den nächsten Jahren grundlegend ändern.

Die Politik der preußischen Regierung Brauns-Gesetz bestätigt ist ein absoluter Beweis für die Nichtigkeit dieser Pläne. Neben den massenbelastenden Gewerkschaftszöllen hat die preußische Regierung die Hausbau- und Gewerbesteuern, eine Steuer der schlimmsten Arbeitsausbeutung, zu Grundlage ihres ganzen Haushaltens gemacht. Und die Herren Sozialdemokraten, Zentrumslute und Demokraten in der preußischen Regierung denken gar nicht daran, die ihnen der Bürgerblod überlassen Hausbausteuer im Interesse des Proletariats oder auch nur der Wohnungslückenden schlechtmäßig zu verwenden. Für den Wohnungsbau wird aus dieser Hausbausteuer nur immer ein kleiner Bruchteil zur Verfügung gestellt, daß eine Vinderung der Wohnungsnutz überhaupt nicht eintritt. Der weitaus größte Teil unserer Hausbausteuern wird in Preußen wie in Württemberg, Bayern und anderen Ländern für den sogenannten allgemeinen Finanzbedarf, die Polizei und Landgerichten, für Kloakenzulassung und andere Belange, für Ministratszölle, Rückenabfindung und andere verwendet. Das muß der Prolet in Preußen durchschnüffeln bei einem Mietzettages als Steuer hergeben. In einer monatlichen Mietzahlung von 30 Mark stehen 12.50 Pf. Steuerzahlung.

Private Massenbelastung ist sowohl das Zeichen der Bürgerblodpolitik wie der Koalitionspolitik. Ob deutschnational oder sozialdemokratische Parteivertreter die Ministerialbüro drücken, das anders an der Massenbelastung gar nichts. Tatsächlich am 24. April das „Aktueller Abendblatt“, in dem Eichmann und andere SPD-Führer als Vertreter ihrer neuen politischen Ziele und Lösungen propagieren:

„Kommt also die Große Koalition anstandslos, so wird der Arbeit des neuen Reichstages doch wieder die Flage der bürgerlich-kapitalistischen Konolidierung wehen, wie sie bisher. Die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung würde daran wenig ändern.“

Der Schreiber dieser Zeilen, Prof. Dr. Saenger, befindet in dieser Wahlprognose, was wir von Stegerwald, einer ausdrücklich sozialdemokratischen Parteiführer, schon vorher gütigster für durch Ministerial- und Parlamentsmeiheiten sind über neue Massenbelastungen keineswegs erholgen kann.

Die Bourgeoisie ist immer nur aus unmittelbarer Unzufriedenheit Massenbewegungen bereit geweitet, die seitens der Regierung noch nicht abgeschlossen werden. So ist es an dem Tagen der Steuerlasten zu beteiligen. Die letzten gelegte 1919 waren noch in solchem Ungleichgewicht formuliert und auch unmittelbar vor dem Cuno-Streich wurden plötzlich Beschlüsse über steuerliche Beschränkungen getroffen. An diesen füllten jedoch 1922 durch die Wirths-Regierung und 1925 durch die bald folgende Zustimmung zum Erneuerungsplan, eben die Sozialdemokraten nach dem Abschluß der revolutionären Welle, nachdem die Angst wieder vor der Bourgeoisie gewichen war, die Neuerliche Entlastung des Besitzes mit beschlossen.

Soll der neue Reichstag seine neuen Wahlen bringen, kann möglicher Kämpf zugleich gegen Bürgerblod und Koalition führen müssen, sowohl im Reich wie in Preußen. Dazu müssen



Die Weinsteuer ist abgeschafft — noch eine Flasche

die preußischen SPD-Minister für genau so schuldig gesetzt werden wie die deutschnationalen Reichsminister und anderen bürgerlichen Parteivertreter. Die weitere Massenbelastung kann nur durch Massenlämpfe unter klarer sozialdemokratischer Kämpfung verhindert werden. Der Sozialdemokrat ist Stimmentzert nicht daran, daß über der Webe neuen Reichstages doch wieder die Flage der bürgerlich-kapitalistischen Konolidierung weht. Nur ein massenhaftes Anschwellen der kommunistischen Stimmen wird als mittlerer Massenprotest gegen die schamlose Massenausplündierung im Bürgerblod und Koalitionsregierungen wirken. Deshalb soll geplünderte Steuerzahler, Männer und Frauen in ganz Land, am 20. Mai

jede Stimme der RPD,
der Liste 5!



Alles ist da in Hülle und Fülle, aber für uns zu teuer

Stellen aus nur sich doch infolge dieser zassischen Zersplitterung die arbeitende Bevölkerung die Größe ihrer Last nie übersehen kann. Zu den 84 Milliarden Reichseinnahmen kommen noch als unmittelbare Belastung rund 1 Milliarde direkte Dawes-Zahlungen der Eisenbahn und den industriellen Großbetrieben und ein Beitrag von fast 5 Milliarden Mark als Einnahmen der Länder und Gemeinden. Diese gewaltige Last von 14 bis 15 Milliarden Mark Steuern und Abgaben muß in der kapitalistischen Republik selbstverständlich in weitaus größtem Maße von der arbeitenden Bevölkerung aufgebracht werden. Für 1927 ging der Raubzug im folgender Weise vor sich:

1348 Millionen Mark sind durch den gehypnotisierten neufließenden Vohnabzug aus den Arbeitern, Angestellten und Beamten herausgeholt;

1600 Millionen Mark sind als Steuern auf Tabak, Bier, Branntwein, Zider und Süßwaren herausgeholt;

877 Millionen müssen daneben noch als Umlaufsteuer von den Verbrauchern gezahlt werden;

1250 Millionen Mark wurden als Zölle durch Preis erhöhungen, insbesondere auf Lebensmittel, den Verbrauchermaßen abgenommen;

1250 Millionen Mark waren als direkte Dawes-Zahlungen aufzubringen, und zwar 800 Millionen als Eisenbahnabgabe, 290 Millionen als Bevölkerungssteuer und 300 Millionen als Industriebetriebssteuer;

50 Millionen Mark wurden außerdem aus der Gesetzessteuer noch für die Reichsakademie herangezogen;

2200 Millionen Mark brachte die Hausjmsteuer den Ländern; das mußte im vollen Umfang die befreiteten Mieten zahlen;

2700 Millionen Mark erheben daneben noch die Länder und Gemeinden an sogenannten Realsteuern, Aufwands-, Lieferungs-, Überweisungssteuern und Zulagen, die alle durch Preiserhöhungen herausgeholt werden.

Dazu kommen noch zahlreiche Abgaben und Gebühren, die zwar im Reich und in den Ländern von geringer Bedeutung sind, aber in den Kommunen die Bevölkerung stark belasten; insbesondere sind es die Ausflüsse, die in den hohen Waller-, Gas- und Elektrizitätsgebühren sowie in den hohen Straßendampfschiffen enthalten sind. Sie sind höchstwahrscheinlich zu Nebensteuern geworden, die, wie es der Bürgerblödführer Dr. Stegerwald seinen christlichen Arbeitern gegenüber zugeben mag, teilweise in die höchsten Kosten fließen und die Wagen beladen". Damit wählt die

Gesamtlast, die die werktätige Bevölkerung durch Zollabzug, Preiserhöhungen im Verbrauch und Verkehr und durch Mietpreiserhöhungen aufzwingen mußte, auf weit über 12 Milliarden Mark = 12 000 000 000 Goldmark.

Heraus zur Wahlkundgebung des RPD

Sonnabend, den 12. Mai 1928, 19.30 Uhr, Weißeritzstraße, Markthalle / Es spricht
Der Bundessekretär und Reichstagskandidat Hans Sawadzki, Berlin

Zu den Delegiertentwahlen im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands

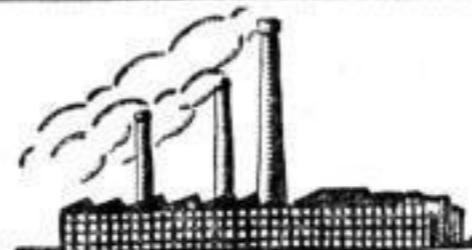
Am 18. und 19. Mai finden die Delegiertentwahlen zur zweiten ordentlichen Generalversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands statt. Nach den vorliegenden Berichten über die in den letzten Wochen abgehaltenen Bezirkstreffen, die zur Generalversammlung Stellung genommen haben, ist es der Verbandsleitung noch einmal gelungen, mit von ihr auf der Kölner Generalversammlung gefassten Zusammensetzung gegen die Opposition diese in einer proklamierten Anzahl von Bejurten vor der Teilnahme an der Generalversammlung auszuhalten. Wir behaupten nicht zuviel, wenn wir feststellen, daß 50 Prozent der Mitglieder keine Vertreter auf der Generalversammlung haben. Man mag auch darauf hinweisen, daß infolge der standesdienlichen Lohnpolitik des Verbandsvorstandes leider viele Mitglieder passiv geworden sind und sich an Wahlen nicht mehr beteiligen, was natürlich falsch ist und nur dem Reformismus zugute kommt. Wie man die oppositionellen Mitglieder um eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung auf der Generalversammlung bzw. auf den Bezirkstreffen gebracht hat, dafür ein paar Beispiele als Beweis. In Köln erhielten die Reformisten in der Versammlung, die zum Verbandsstag und zur Bezirkstreffen Stellung nahm, bei der Abstimmung 96 Stimmen, die Opposition 81. In Jülich war das Verhältnis 84 Stimmen für die Reformisten gegenüber 76 der Opposition. Trotz dieser sehr starken Minorität erhielt die Opposition keine Vertretung. Auf der Bezirkstreffen für den Bezirk Halle, auf der 57 Delegierte anwesend waren, hat die Bureaucratie ein Spiel getrieben, das wohl nicht überboten werden kann. Obwohl man kleinen Ortsgruppen mit 50 bis 80 Mitgliedern in welchen die Reformisten dominierten, das Vorherrschaftsrecht zugestanden hätte, brachten die Reformisten es fertig, der 300 Mitglieder zählenden oppositionellen Ortsgruppe Dettelsau das Delegationsrecht absprachen. Der Kollege Gebhardt, der von dieser Ortsgruppe vorgeschlagen war, wurde von der Vorherrschaft abgelehnt. Man hörte und hörte, mit welcher Begründung dies geschah. Weil nach Auffassung des Verbandsvorstandes Gebhardt nicht vorstandsfreudlich ist, durfte er nicht zum Verbandsstag kandidieren!

Höher geht's nicht! Solche „Führer“, die bei jeder Gelegenheit erläutern, daß sie die wahlrechten Demokraten sind, die bei jeder Gelegenheit über die diktatorischen Maßnahmen der Kommunisten zetzen, verbieten einem Kommunisten, der die Politik des Verbandes nicht mitmacht, weil er davon überzeugt ist, daß durch die Mitgliedschaft gehindert wird, zum Verbandsstag zu kommen. Demokratie, wie ich sie auffasse. Aber die Bureaucratie hatte in diesem Falle die Rechnung gemacht, ohne die wirkliche Stimmung der Mitglieder zu kennen. Trotz einer mühsamen Hetze gegen die Kommunisten, die mit 6 Delegierten auf dieser Bezirkstreffen vertreten waren, erhielt der Kollege Gebhardt von den 57 anwesenden Delegierten 28 Stimmen. Ein Zeichen dafür, wie stark das Vertrauen der Eisenbahner zu diesen oppositionellen Kollegen ist. Der Wille der 28 Delegierten wurde von der Bureaucratie nicht beachtet und der Kollege Gebhardt von der Kandidatur zur Generalversammlung ausgeschlossen. Man wählte nach dem Mehrheitsprinzip und schaltete so die Opposition aus. So werden Wahlen von beiden gemacht, die angeblich die Demokratie in Erfüllung genommen haben. Aber nicht nur, daß auf diesen Bezirkstreffen die oppositionellen Vorschläge fast restlos abgelehnt, ja zum Teil unterdrückt wurden, sondern auch die von den oppositionellen Ortsgruppen eingebrachten Anträge zur Generalversammlung wurden mit den schäbigsten Mitteln bekämpft und ebenfalls abgelehnt. Bei all diesen Handlungen rückten sich die reformistischen Führer auf das von der Kölner Generalversammlung geänderte Verbandsstatut, das nach Auffassung der Scheffel, Breunig und Konortor das demokratische Statut überhaupt ist.

Mit welchen Mitteln die Verbandsangestellten gearbeitet haben, um die notwendige Befragung gegen die Opposition zu erhalten, dafür erbringen die vorhandenen Berichte den Beweis. Vor allem wurde mit den gemeinsamen Mitteln gegen die Königsberger ausgeschlossenen Genossen gehetzt. Nachdem der Hauptvorstand auf der letzten Beiratssitzung, die am 29. und 30. März in Berlin stattfand, das Stichwort für diese Hetze gesetzt hatte, wurden die Unterstufen Scheffers, der auf dieser Beiratssitzung demissionieren wollte, falls seine „Lohnpolitik“ vom Betrieb nicht anerkannt würde, als getreue Parteien auf die oppositionellen Arbeiter. Letzt, nach der Zeitnahme des Einbrechers und Spioneis Wiedkowitz, der im Auftrage der Königsberger Postzeitung, die unter sozialdemokratischer Leitung steht, und im Auftrage der Gewerkschaftsbureaucratie aus den Geschäftsräumen der Kommunistischen Partei in Königsberg Material gestohlen hat, wird mancher Eisenbahnarbeiter, der als Delegierter auf den Bezirkstreffen war, die Niederträchtigkeit, mit der von den Reformisten gegen die Kommunisten gearbeitet wurde, richtig bewusst. Denn sowiel steht heute schon fest, daß viele dieser Delegierten nur ein Opfer der unerhörten Hetze und des faulidischen Schwundes der Bureaucratie geworden sind.

Die Beiratsveteranen und ihr Getreuen, die in ihrem Haß gegen die Kommunisten alle unsauberen Mittel anwandten, um die Mehrheit zu bekommen, hatten aber wenig Zeit, die ersten

Fragen für die Eisenbahner, die auf der kommenden Generalversammlung zur Beratung stehen, zu behandeln. Wir geben gern zu, daß ein Teil von ihnen unfähig ist, diese Probleme zu erläutern. Vor allem aber wurde der Punkt 10 der Tagesordnung „Die Tatsitze der Lohn- und Gehaltsbewegungen“, die nach der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes auf der Generalversammlung in geschlossener Sitzung behandelt werden soll, auf den Bezirkstreffen gar nicht oder nur in unzureichendem Maße behandelt. Obwohl gerade die Eisenbahner die Folgen einer geistigen Nationalisierungsmethode, die das Lohn aus ihren Kosten herausholte, zu spüren bekommen, wurde dieser Frage, wenn sie von der Opposition angeschnitten, wenig Beachtung geschenkt. Die Lage der Eisenbahner verlangt gezieltere eine Rendierung, und ironisch hat der Hauptvorstand bei jeder Lohnbewegung eine geradezu flagante Haltung gegenüber der Reichsbahnverwaltung eingenommen. Besonders charakteristisch für sein Verhalten sind die beiden letzten Lohnbewegungen. Mit zufälligen Worten wurden diese eingeleitet, und das Ergebnis? Die Berichte der Eisenbahner aus den verschiedenen Bezirken, die in der kommunistischen Presse erschienen sind und das Ende der Eisenbahner wiedergeben, zeigen klar und deutlich, daß jedes Zurückweichen des Vorstandes



In Deinem Betrieb

wurde noch nicht für den Wahlfonds der KPD gesammelt.
Einzahlungen auf Postcheckkonto Dresden 262 67 (Otto Gädell)

eine weitere Verschlechterung der Eisenbahner gebracht hat. Die Ursachen sind wie überall in der Stellung der Verbandsleitung zum Schlachtwesen zu suchen. Diese wiederum gründet sich auf die Behauptung der Bureaucratie zum gegenwärtigen Staate. Staatsbejahung verpflichtet aber zur Anerkennung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und muß in keiner Auslegung dazu führen, daß schwierigkeiten für die Arbeitnehmer entstehen. Durch diese Aenderung werden die Rechte der Eisenbahner verhindert. Die Geschädigten dieser Politik sind immer die Eisenbahner.

Auch die anderen Probleme, die auf der Generalversammlung stehen, haben die ballgelandeten Bezirkstreffen sehr wenig beschäftigt. Zum Beispiel der Lohnarbeitsvertrag und das Gedingewesen, die Stellungnahme zur Schaffung eines Industrieverbands, das Arbeitsrecht in der Praxis und andere Tagesordnungspunkte der Generalversammlung.

Tiefe Handlungen der reformistischen Führer haben bei der Mitgliedschaft eine starke Empörung ausgelöst. Dies um so mehr, da ja dieselben Leute, denen jedes Mittel zur Unterdrückung der Opposition recht ist, gegenüber Dorfmüller bereit sind, alles zu tun, was im Interesse der Reichsbahnverwaltung liegt. Trotzdem aber darf dieser berechtigte Unwill nicht dazu führen, daß die bereits bei den Eisenbahner vorhandene vererbte Passivität sich noch heizt. Würde das eintreten, dann würden die Reformisten ihrem Ziel wiederum ein Stück näher kommen. Denn das ist ja der Zweck der Hetze bei den Reformisten. Sie wollen jede Opposition beseitigen, um dann ohne jede Kontrolle ihre arbeitsgemeinschaftliche Politik ungehemmt fortführen zu können. Mit aller Zärtlichkeit und Energie müssen deshalb die Eisenbahner den Kampf gegen den Reformismus, der für Dorfmüller das stärkste Werkzeug gegen die Eisenbahnerlichkeit ist, fortführen. Hierbei ist vor allem erforderlich eine systematische Stärkung der Opposition. Sie muß gewollt sein, den Kampf gegen die arbeitsfeindliche Politik der Reformisten mit allen Konsequenzen zu führen. Um aber zu zeigen, wie stark die Opposition auch in den Bezirken ist, wo sie durch die Taktik der reformistischen Führer verhindert wurde, Kandidaten zur Generalversammlung aufzustellen, ist es Pflicht eines jeden Eisenbahnkollegen, trotzdem am 13. und 14. Mai zur Wahl zu gehen und als Protest gegen die Unterdrückungsmethoden der Bureaucratie, gegen das Schlachtwesen, gegen die Arbeitsgemeinschaft und Koalitionspolitik seine Stimme abzugeben. Wo die Opposition keine Kandidaten aufstellen konnte, müssen die Eisenbahnkollegen alle Namen der reformistischen Kandidaten auf dem Stimmzettel kreideln und als Antwort „Opposition“ daranstellen. Deshalb, Eisenbahner, geht alle zur Delegiertentwahl, protestiert gegen die Willkür des Hauptvorstandes, indem ihr auch in dieser Form für die Opposition stimmt.

31.

Die Männer waren wieder nach unten gegangen. Die meisten saßen in ihren Kabinen. Sie packten ihre gelben Strohhalster und füllten die mit Eisen beschlagenen Kästen.

Es war dunkel, als die ersten auf das Deck zurückkamen. Auf dem Steuerhaus brannten bereits die Lampen, und über dem Mittelschiff heulte das Nebelhorn.

„Teufel!“ lachte der Deutsche, und wandte den Kopf nach allen Seiten, „England ist schon wieder verschwunden!“

Die Jüdin, die neben ihm stand und den er es zugeschaut hatte, nickte nur. Dabei schlugen die Rosen ihres Käubchens sowohl nach vorne, daß sie dem kleinen Deutschen über das Gesicht fielen.

Dem Mann behagte das. Er nahm seine fleischigen, dicken Hände aus der Tasche, kniff die Augen zärtlich zusammen und rückte der Frau näher. „Sie sind schön, Madam!“ sagte er.

Die Jüdin bewegte den Kopf nach unten und sah den Deutschen erstaunt an. „Schön?“ wiederholte sie und lächelte leicht.

Der Deutsche lächelte mit. Er hob zu gleicher Zeit seine Hand und kniff die Frau in den dünnen Arm. „Sicher!“ bestätigte er. „Ich wollte es Ihnen schon immer sagen, aber ich hatte keinen Mut dazu!“

Das Lachen der Jüdin wurde zu einem Lachen. Sie zog den Mund so breit, daß ihre ganzen Zähne sichtbar wurden. „Du bist ein recht toller Mann!“ lagte sie.

Dem Deutschen tat das Lob wohl. „Ich bin auch aus Baltimore.“ lagte er. „Und“, er warf sich in die Brust und hob sich höher, „ich bin ein Amerikaner!“

Die Jüdin bog ihren Kopf wieder nach unten. „Halt du ein Geißfuß dort?“ fragte sie.

Der Deutsche nickte vertraulich und machte große Augen. „Eine elektrische Schreinerei mit vier Geißeln!“ lagte er stolz.

„Ich kenns Baltimore!“ lagte die Jüdin nach einer Pause, in der der Deutsche vergeblich versucht hatte, ihre feinen Hälften zu umarmen.

Der Mann ließ seine rostenden Hände eilig jagen. „Du kennst es?“ lagte er ihr üngültig nach und bekam einen roten Kopf. „Kenne ich vielleicht auch mich?“

Die Jüdin schüttelte langsam den Kopf. „Nein!“ antwortete sie. „Ich kenn dich nicht und von Baltimore eigentlich nur eine Straße. Mein Mann verkauft dort viel. Kleidchen und Kette. Einmal war es ein großer Volken. Da mußte ich mit ihm fahren.“

Die Augen des Deutschen quollen aus dem zarten Gesicht wie zwei dicke Kühlhörner. „Und einen Mann hast du auch?“ röhnte und stotterte er. Er zog die herabgesunkenen Hände direkt an seinen vorstehenden Bauch und versuchte, sie zu entfernen.

60. Verbandstagung der Konsumvereine Sachsen

(Schluß)

Flechner (Dresden) war in der Rednerliste schon hinter dem Genossen Granz gelobt und legte nun mit einer Kommunistenrede los. Die Sozialdemokraten wollten die Kommunisten überhaupt nicht mehr reden lassen. Am übrigen trat er so auf, als wenn der Genossen Granz gestorben sei. Sozialdemokratischer Parteitag ist ein sozialdemokratischer Parteitag. Auch war keine ganze Rede soviel ein Abfall von abgedroschenen Parolen, so daß er bei keinen eigenen Anhängern nicht einmal Eindruck schinden konnte. Nach dem sozialdemokratischen Redner war der kleine Herrn Groß um eine Blume reicher geworden.

Dann trug der kleine Musolini Gründke von Chemnitz ein, um eine Attacke gegen den Kämpfer zu reißen.

Die eindrucksvolle Rede des Genossen Granz hatte ja auf den Verhandlungstag gewirkt, doch Gründke nicht mehr wagte, seine Entschließung gegen den Kämpfer aufrecht zu erhalten und bog sie zurück. Somit war der kleine Herrn Groß um eine Blume reicher geworden.

Dann kam der Abwurfungsvortrag, so daß die Genossen Grüninger und Granz, die bis jetzt einmal gemeinsam hatten, nicht mehr zu Worte kamen. Die Kommunisten verwüsteten die Befürworter, indem es in demagogischer Weise den Konsumverein Limbach angegriffen.

Der Genosse Granz nahm noch einmal das Wort zur leichten Richtigstellung und leuchtete Gesshardt so gründlich heim, daß er vor Aufregung auf der Bühne unruhig hin und her hüpfte. Der Verbandsstag horchte die eindrucksvollen Ausführungen des Genossen Granz mit einer müßigglücklichen Ruhe an und dokumentierte damit, daß er die Ausführungen von Gesshardt verurteilte. Wie Gesshardt seinen Angriff gegen den Limbacher Konsumverein mit den Ausführungen von Leipzig in der Sonderkonvention vereinbart will mögen die Verbandsdelegationen unter sich ausmaalen.

Der Verhende erklärte, die kommunistischen Anträge werden zur Abstimmung nicht zugelassen.

Damit war dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Daselbe Schicksal erfuhr auch eine Entschließung für die ausgewählten Befürworter.

Nächster Punkt: Änderung der Statuten. Nachdem Seifert von Böhm berichtet hatte, sprach

Gen. Grüninger: Die Statutenänderung ist ein neuer Vorstoß der Industrie und der Sozialdemokratie, um die demokratischen Rechte der Mitglieder zu verstehen. Die Bewegungsfreiheit der kleinen und mittleren Konsumvereine soll durch die großen Vereine eingeschränkt werden. Wir wollen keine Rechte für die Mitglieder der Vereinde, noch für die Mitglieder des Aufsichtsrates. Durch diese Änderung werden die Rechte der Mitglieder und der Verbandsversammlung beschränkt.

Gen. Grünz (Ehrenriedersdorf) nahm ebenfalls Stellung gegen die Statutenänderung.

Gen. Grünz forderte die Stellung der SPÖ zu diesen Anträgen. Wir machen als Kommunisten auf die Gefahr der Statutenänderung aufmerksam. Die sozialdemokratischen Anträge werden diese Zustimmung später bereuen. Gute Vollmacht wird der Arbeiterschaft schweren Schaden verursachen. Wenn wir auch jetzt in der Minderheit bleiben, so sind wir bewußt, daß wir mit unserer gewissen Opposition siegen müssen.

Trotzdem Flechner zu dieser Frage nach dem Gen. Grüninger schon einmal geholt hatte, legte er nach den Ausführungen von Gen. Granz noch einmal mit einer ganz gemeinen Kommunistenrede los, weil er merkte, daß die Front ins Wanken kam. Die Statutenänderung wurde trotzdem angenommen, weil die sozialdemokratische Bureaucratie am Sonntagnachmittag in einer Fraktionssitzung ihre Mitglieder festgelegt hatte.

Und ein Beitrag zur Neutralität der Konsumvereine. Die Neutralität wird auch nur von den Kommunisten verlangt. Der Kampf der sozialdemokratischen Bureaucratie war ein Scheinkampf gegen die USPD-Genossenschaftsbureaucratie zum gemeinsamen Kampf gegen die Kommunisten. Für den Aufsichtsrat des jüdischen Unternehmens schlugen die Kommunisten den Gen. Sonnatz (Limbach) vor, welcher 30 Stimmen erhielt. Die übrigen Befürworter erzielten circa 130 Stimmen. Für den Generalrat des Verbands Deutscher Konsumvereine erhielt Gen. Granz (Limbach) 20 Stimmen.

Die Kommunisten waren mit 14 stimmberechtigten Mitgliedern vertreten. Von der gemeinsamen Kommunistenfront kamen noch einige Sozialdemokraten für die Kommunisten. Am Schluss gab der Vorsitzende bekannt, daß die Limbacher Freunde einen Antrag gestellt haben, den nächsten Verbandstag in Limbach abzuhalten.

Verband und Aufsichtsrat des Verbands würden dazu Stellung nehmen.

Beratungssitzung Arbeitnehmer für Frauen- und Kinderarbeitsamt: Rudolf Kerner: für Polizei, Gewerbeaufsicht, Sozial- und Jugendamt: Richard Seeger; für den Dienststellenrat: Walter Bärtels; sämtlich in Dresden. Verlag: Tresdner Zeitungsgesellschaft - Preis: „Deutsch“ Sonderausgabe Dresden

Die Jüdin eilte ihm nach. „Ist das so schlimm?“ lagte sie und sah den Fließenden hinten am Kopf.

„Ja! Ja!“ frechtes der Fließende laut und zappelte so mühsam los. „Es ist eine Sünde! Eine große Sünde!“ Er sprang mit fügigem Sähen weiter, erreichte eine der nächsten eisernen Treppen und hörte sie mit genau denselben fügigen Sähen nach.

Auf dem Deck standen noch der Franzose, der Russ, der Dane und der Gedudte. Der Franzose stand mit halbgelössten Augen in das gelbliche Wasser.

„Du willst uns also heute verlassen?“ lagte der Russ leise und trat auf ihn zu.

„In ein oder zwei Stunden!“ lagte der Franzose. Er zog den Russen leicht an seine Brust und fuhr ihm langsam und sanftsam über die Schultern, dorstigen Haare.

„Holla!“ lachte der Dane in ihre Zärtlichkeit hinein und zeigte auf den kommenden Amerikaner. „Ich glaube der Daner wird uns auch verlassen!“

Der Amerikaner, der einen kleinen Lederschlüssel in der Hosentasche, kam auf sie zu. „Ich fahre nach Paris!“ rief er.

„O! O!“ Der Franzose hützte erregt auf. Er ließ den Russen eilig los und ging dem Amerikaner entgegen. „Also nach Paris!“ wiederholte er.

„Marcelle ist prächtig!“ lagte er dann mit geneigtem Kopf. „Frankreich hat überhaupt prächtige Städte.“ Aber, er brüllte seine Augen nach unten und spie auf die Zunge. „Paris ist die allerprächtigste! Die größte! Die schönste!“

„Es wird dir dort gefallen!“ lagte er hützend und sah den Amerikaner an den Händen. „Sicher! Es gefällt ja jedem!“

Der Amerikaner rührte zu allem. „Ich bleibe drei Jahre in Paris!“ lagte er. Er stellte sich neben den Franzosen und hielt dessen schmale Hand fest.

Die Französin kam vorüber. „Gleich kann man Boulogne sehen!“ rief sie den Männern zu. Sie trippelte vor zum Steuerhaus, baugte sich über die Reling und sah nach Westen.

Die Männer stiegen ihr einzeln nach. Sie drängten sich vorsichtig um die Frau und läden auch nach dem Weitem.

„Dort!“ lachte der Franzose plötzlich auf und zeigte auf einige schwimmende Kammernholen, die auf dem Wasser treiben. „Ich glaube, das ist das erste Feuerstift!“

„Und dort!“ frechtes die Französin lauter und stellte in die Hände, das zweite, das dritte, das vierte! Gleich müßten wir im Hafen sein!“

(Fortsetzung folgt.)

PASSAGIERE DER KLASSE

ROMAN VON KURT KLÄBER

Der Russe bestätigte es. „Ich habe einige gesprochen!“ flüsterte er. „Sie hatten früher viel Land. „Wir warten reidi!“ sagten sie.“ Die verdammten Kapitalisten haben uns aber alles wieder abgenommen!“

„Was wollte das nicht in den Kopf!“ lagte er nach einer Pause, „und wir fragten sie, wie das zugegangen wäre. Sie verloren ihre Mäuler und sagten: „Seht einfach!“ Unser Verdienst ist der Weizen, und wir schickten ihn jedes Jahr zu einem reichen Aufzucker nach Chicago, der ihn dann mit Profit weiterverkaufte. Den sah aber unter steiner Verdienst in die Kiste, und er wollte ihn auch einstecken. Was macht er? Er sah fünf Jahre lang keinen Weizen mehr oder nur wenig, und wir mußten, um zu leben

B

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ost Sachsen

B

BLUMEN FÜR FREUD u LEID
O. GOHLICH'S
 Gartenschaubetrieb / Blumenstraße 6
 63288

Zigarren, Zigaretten, Zutrie
 Willy Krause
 Hauptstraße 27
 Bahnhofstraße 63289

Musik- und Tabakwaren
 GEORG HIPPEN, Hauptstraße 6
 63292

Konditorei
 Paul Israel, Hauptstraße 60
 63293

Spezialhaus für Herrenmoden
 Franz Richter & Sohn, Hauptstraße 46
 63295

Fleischerei
 J. Purschwitz, Hauptstraße 63-65

LEBENSMITTEL
 Schackert, Hauptstr.
 63299

Friseur
 Helga Breuer, Oberstraße 29
 63298

Dampfbäckerei
 Mag. Schreiber, Mühlstraße 18
 63298

METROPOL-LICHTSPIELE
 Führendes Haus am Platz
 63298

Kaufhaus Wernicke
 Süderstraße 1
 befindet beste Bezugsquelle
 63299

Lebensmittel
 Max Klemann, Schillerstraße 34
 63299

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
 Al. Scheinig, Mühlstraße 23
 63297

Hotel Deutsches Haus
 (Eine Minute vom Domhof)
 63299

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
 Paul Klemann, Hauptstraße 1
 63299

Spezial Puhgeschäft
 O. Strelitz betrie. Plauensche, Hauptstraße 15
 63292

KAUFAHOUSE VOSS
 Dresdener Ecke Bahnhofstraße
 63293

Mechan. Schuhreparatur-Stoff, Leber-
 verkauf
 Jürgen, Bahnhofstr. 63-65
 63294

Kolonialwaren / Grünwaren
 R. FOSSAN, Potsdamer Straße 23
 63298

Schokoladen und Süßwaren
 „Für Kinder erg“
 Baustein erreichbar
 Dresdner-Ostseite, 26-30; zu Smith, Neu-
 mühle 4, Ritter, Bahnhofstraße 7
 63298

Wurst Delikatessen, Hauptstraße 34
 Lederhüttel / Zeulen 562
 63294

Musikhaus „Ally“ Werner
 Hauptstraße 40
 63295

FLEISCHEREI SCHIFFNER
 DRESDENER STRASSE 23
 63291

Brot- und Weißbäckerei
 Karl Speckmeier, Dresdener Str. 35
 63292

Brot- und Weißbäckerei
 Helene Röhlisch, Villnitzer Str. 10
 63292

Kolonialwaren / Routine
 H. Zeller, Mühlstraße 28
 63294

Brot- und Feinbäckerei
 H. Kupfer, Friedrichstraße 27
 63295

Brot- und Weißbäckerei
 Karl Speckmeier, Dresdener Str. 35
 63292

Brot- und Weißbäckerei
 Helene Röhlisch, Villnitzer Str. 10
 63292

Kolonialwaren / Routine
 H. Zeller, Mühlstraße 28
 63294

Brot- und Feinbäckerei
 H. Kupfer, Friedrichstraße 27
 63295

Brot- und Weißbäckerei
 Karl Speckmeier, Dresdener Str. 35
 63292

Brot- und Weißbäckerei
 Helene Röhlisch, Villnitzer Str. 10
 63292

Kolonialwaren / Routine
 H. Zeller, Mühlstraße 28
 63294

Brot- und Feinbäckerei
 H. Kupfer, Friedrichstraße 27
 63295

Brot- und Weißbäckerei
 Karl Speckmeier, Dresdener Str. 35
 63292

Brot- und Weißbäckerei
 Helene Röhlisch, Villnitzer Str. 10
 63292

Kolonialwaren / Routine
 H. Zeller, Mühlstraße 28
 63294

Brot- und Feinbäckerei
 H. Kupfer, Friedrichstraße 27
 63295

Brot- und Weißbäckerei
 Karl Speckmeier, Dresdener Str. 35
 63292

Brot- und Weißbäckerei
 Helene Röhlisch, Villnitzer Str. 10
 63292

Kolonialwaren / Routine
 H. Zeller, Mühlstraße 28
 63294

Brot- und Feinbäckerei
 H. Kupfer, Friedrichstraße 27
 63295

Brot- und Weißbäckerei
 Karl Speckmeier, Dresdener Str. 35
 63292

Brot- und Weißbäckerei
 Helene Röhlisch, Villnitzer Str. 10
 63292

Kolonialwaren / Routine
 H. Zeller, Mühlstraße 28
 63294

Brot- und Feinbäckerei
 H. Kupfer, Friedrichstraße 27
 63295

Brot- und Weißbäckerei
 Karl Speckmeier, Dresdener Str. 35
 63292

Brot- und Weißbäckerei
 Helene Röhlisch, Villnitzer Str. 10
 63292

Kolonialwaren / Routine
 H. Zeller, Mühlstraße 28
 63294

Brot- und Feinbäckerei
 H. Kupfer, Friedrichstraße 27
 63295

Brot- und Weißbäckerei
 Karl Speckmeier, Dresdener Str. 35
 63292

Brot- und Weißbäckerei
 Helene Röhlisch, Villnitzer Str. 10
 63292

Kolonialwaren / Routine
 H. Zeller, Mühlstraße 28
 63294

Brot- und Feinbäckerei
 H. Kupfer, Friedrichstraße 27
 63295

Brot- und Weißbäckerei
 Karl Speckmeier, Dresdener Str. 35
 63292

Brot- und Weißbäckerei
 Helene Röhlisch, Villnitzer Str. 10
 63292

Kolonialwaren / Routine
 H. Zeller, Mühlstraße 28
 63294

Brot- und Feinbäckerei
 H. Kupfer, Friedrichstraße 27
 63295

Brot- und Weißbäckerei
 Karl Speckmeier, Dresdener Str. 35
 63292

Brot- und Weißbäckerei
 Helene Röhlisch, Villnitzer Str. 10
 63292

Kolonialwaren / Routine
 H. Zeller, Mühlstraße 28
 63294

Brot- und Feinbäckerei
 H. Kupfer, Friedrichstraße 27
 63295

Brot- und Weißbäckerei
 Karl Speckmeier, Dresdener Str. 35
 63292

Brot- und Weißbäckerei
 Helene Röhlisch, Villnitzer Str. 10
 63292

Kolonialwaren / Routine
 H. Zeller, Mühlstraße 28
 63294

Brot- und Feinbäckerei
 H. Kupfer, Friedrichstraße 27
 63295

Brot- und Weißbäckerei
 Karl Speckmeier, Dresdener Str. 35
 63292

Brot- und Weißbäckerei
 Helene Röhlisch, Villnitzer Str. 10
 63292

Kolonialwaren / Routine
 H. Zeller, Mühlstraße 28
 63294

Brot- und Feinbäckerei
 H. Kupfer, Friedrichstraße 27
 63295

Brot- und Weißbäckerei
 Karl Speckmeier, Dresdener Str. 35
 63292

Brot- und Weißbäckerei
 Helene Röhlisch, Villnitzer Str. 10
 63292

Kolonialwaren / Routine
 H. Zeller, Mühlstraße 28
 63294

Brot- und Feinbäckerei
 H. Kupfer, Friedrichstraße 27
 63295

Brot- und Weißbäckerei
 Karl Speckmeier, Dresdener Str. 35
 63292

Brot- und Weißbäckerei
 Helene Röhlisch, Villnitzer Str. 10
 63292

Kolonialwaren / Routine
 H. Zeller, Mühlstraße 28
 63294

Brot- und Feinbäckerei
 H. Kupfer, Friedrichstraße 27
 63295

Brot- und Weißbäckerei
 Karl Speckmeier, Dresdener Str. 35
 63292

Brot- und Weißbäckerei
 Helene Röhlisch, Villnitzer Str. 10
 63292

Kolonialwaren / Routine
 H. Zeller, Mühlstraße 28
 63294

Brot- und Feinbäckerei
 H. Kupfer, Friedrichstraße 27
 63295

Brot- und Weißbäckerei
 Karl Speckmeier, Dresdener Str. 35
 63292

Brot- und Weißbäckerei
 Helene Röhlisch, Villnitzer Str. 10
 63292

Kolonialwaren / Routine
 H. Zeller, Mühlstraße 28
 63294

Brot- und Feinbäckerei
 H. Kupfer, Friedrichstraße 27
 63295

Brot- und Weißbäckerei
 Karl Speckmeier, Dresdener Str. 35
 63292

Brot- und Weißbäckerei
 Helene Röhlisch, Villnitzer Str. 10
 63292

Kolonialwaren / Routine
 H. Zeller, Mühlstraße 28
 63294

Brot- und Feinbäckerei
 H. Kupfer, Friedrichstraße 27
 63295

Brot- und Weißbäckerei
 Karl Speckmeier, Dresdener Str. 35
 63292

Brot- und Weißbäckerei
 Helene Röhlisch, Villnitzer Str. 10
 63292

Kolonialwaren / Routine
 H. Zeller, Mühlstraße 28
 63294

Brot- und Feinbäckerei
 H. Kupfer, Friedrichstraße 27
 63295

Brot- und Weißbäckerei
 Karl Speckmeier, Dresdener Str. 35
 63292

Brot- und Weißbäckerei
 Helene Röhlisch, Villnitzer Str. 10
 63292

Kolonialwaren / Routine
 H. Zeller, Mühlstraße 28
 63294

Brot- und Feinbäckerei
 H. Kupfer, Friedrichstraße 27
 63295

Brot- und Weißbäckerei
 Karl Speckmeier, Dresdener Str. 35
 63292

Brot- und Weißbäckerei
 Helene Röhlisch, Villnitzer Str. 10
 63292

Kolonialwaren / Routine
 H. Zeller, Mühlstraße 28
 63294

Brot- und Feinbäckerei
 H. Kupfer, Friedrichstraße 27
 63295

Brot- und Weißbäckerei
 Karl Speck